

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 90 | 11. Juli 2017

18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bringt zahlreiche Erfolge

Liebe Leserinnen und Leser,

zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erreicht Sie unser Informationsdienst. Seit der letzten Bundestagswahl 2013 sind vier Jahre wie im Fluge vergangen. Wir konnten zahlreiche politische Erfolge für unser Themenfeld erzielen, die deutlich machen, dass auch mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dessen Folgen bis in die Gegenwart reichen. Auf symbolpolitischer Ebene möchte ich den bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung nennen, der seit 2015 insbesondere auch an die Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnert. Namhafte Würdenträger unseres Staates wie Bundespräsident Joachim Gauck und in diesem Jahr mit Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis erstmals ein deutschstämmiges ausländisches Staatsoberhaupt haben dem bisherigen Gedenken seinen würdigen und angemessenen Rahmen gegeben.

Mit der Erfüllung der nicht zuletzt durch die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten seit vielen Jahren vorgebrachten Forderung, ehemaligen zivilen deutschen Zwangsarbeitern eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen, wurde in dieser Wahlperiode ein weiteres politisches Kernanliegen unserer Gruppe umgesetzt. Seit dem Inkrafttreten der entsprechenden Richtlinie im Sommer 2016 haben bis heute rund 25.000 Personen einen Antrag auf Gewährung der symbolischen Anerkennungsleistung in Höhe von 2.500 Euro gestellt. Zwar wissen auch wir, dass es unmöglich ist, das vor gut 70 Jahren erlittene Leid und Unrecht finanziell wieder gutzumachen. Die von Dankbarkeit geprägten Rückmeldungen aus dem Kreis der Betroffenen machen uns aber deutlich, wie richtig und wichtig das entsprechende politische Engagement war, und dass die Anerkennungsleistung in Würdigung eines schweren Schicksals ihren Zweck erfüllt. So sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass die Frist zur Antragstellung noch ein gutes halbes Jahr entfernt liegt, und noch bis zum 31. Dezember 2017 Anträge beim Bundesverwaltungsamt gestellt werden können. Da die Mitar-

beiter des Bundesverwaltungsamts über große Erfahrung in diesem Themenbereich verfügen, ist es bei möglicher Betroffenheit ratsam, einen Antrag zu stellen, der anschließend einer entsprechenden Prüfung unterzogen wird. Das Antragsformular und weiterführende Informationen sind direkt beim Bundesverwaltungsamt erhältlich. Sie erreichen das Bundesverwaltungsamt unter der Internetadresse www.bundesverwaltungsamt.de/zwangsarbeiter oder über eine telefonische Beratung unter der Rufnummer 0228 - 99358 - 9800.



Foto: Privat

Klaus Brähmig
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

In ganz besonderer Weise denke ich an das Zusammentreffen mit so vielen Mitgliedern der deutschen Minderheiten in unseren Nachbarländern zurück. Vom Baltikum über das heute zu Russland gehörende nördliche Ostpreußen, Polen, die Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn und Rumänien haben wir die Gemeinschaften vor Ort besucht und dabei erfahren dürfen, wie sehr das Engagement der Bundesrepublik Deutschland für die identitätsstiftende Arbeit geschätzt wird. Wenn für unseren jüngst verstorbenen Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas zwei Seiten derselben Medaille waren, so sind es für mich die deutschen Heimatvertriebenen und die in der alten Heimat verbliebenen Deutschen, die ebenfalls auf das engste verbunden sind. Sie sind wichtige und unverzichtbare Partner unserer Zusammenarbeit und zwischenstaatlichen Kooperation mit Mittelost- und Südosteuropa sowie dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Ihnen allen, die an diesem zukunftsweisenden Werk mitwirken, gilt mein herzlicher Dank.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen



Inhalt

Gespräch mit der Bundeskanzlerin	2
Dialog mit Bund der Vertriebenen	2
Festrede von Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis am Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung	7
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Deutscher Schwerpunkt gilt	12
Zukunft des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge	12
Petersburger Dialog setzt auf Immanuel Kant	13
Historischer deutscher Osten wichtiges Thema für das Deutsche Historische Museum	14
Besuch bei der deutschen Minderheit im Baltikum	17
100 Jahre Johannes Bobrowski in Tilsit	19
2017: Gedenken an den "Brünner Todesmarsch"	21
Zukunft von Schloss Steinort in Ostpreußen	22
Minderheitenwallfahrt auf den Sankt Annaberg in Oberschlesien	23
Delegationsreise nach Westpreußen und Pommern	24
Tenderboot der "Wilhelm Gustloff" existiert in Sachsen	26
Helmut Sauer zum Tode von Dr. Sieghart Rost (1921 - 2017)	29

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundeskanzlerin im Gespräch Angela Merkel empfängt Gruppenvorstand



v.l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Silke Launert, Eckhard Pols, Bernd Fabritius

In Fortsetzung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorstand der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. Dabei wurde über die inhaltlichen Vorschläge beraten, mit denen die Themen der Gruppe im Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017 Berücksichtigung finden sollen. Insbesondere die Altersarmut bei Spätaussiedlern kam dabei zur Sprache, und es wurden Nachteile in der Rentenversicherung,

die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben, thematisiert. Die Gruppe dankte der Bundeskanzlerin für die große Unterstützung in der aktuellen Wahlperiode. So sei der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung eng mit ihrem Engagement verbunden. Auch der weitere zügige Aufbau der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und die Bedeutung des ostpreussischen Kulturerbes in den Beziehungen zu Russland wurden besprochen.

Dialog mit Bund der Vertriebenen Bundeskanzlerin trifft Präsidium

Am 13. Februar 2017 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel das Präsidium des Bundes der Vertriebenen zu einem einstündigen Gespräch im Bundeskanzleramt in Berlin. Dabei ging es der Bundeskanzlerin darum, die Mitglieder des im Dezember 2016 neu gewählten Gremiums kennenzulernen und den Meinungsaustausch über die zentralen Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten fortzusetzen.

Im Vorfeld hatte Klaus Brähmig als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen

Minderheiten der Unionsfraktion die Vertreter des BdV zu einem Gedankenaustausch eingeladen.

Im Zentrum des Treffens mit der Bundeskanzlerin standen Themen wie das Risiko der Altersarmut bei Spätaussiedlern, die Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG), das verständigungspolitische Engagement der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Verbände sowie die Situation der deutschen Minderheiten in den Heimat- und Herkunftsgebieten.



Foto: Privat

v.l.: Siegbert Ortmann, Waldemar Eisenbraun, Reinfried Vogler, Klaus Schuck, Maria Werthan, Stephan Grigat, Bernd Fabritius, Milan Horáček, Klaus Brähmig, Stephan Rauhut, Raimund Haser, Albrecht Schläger

BdV-Präsident Bernd Fabritius dankte der Bundeskanzlerin für die bisherige Unterstützung der berechtigten Anliegen, insbesondere bei der Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter, beim bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung sowie beim Aufbau der Bundesstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung". Im Hinblick auf die im letzten Jahr vorgestellte, neue Regierungskonzeption für die Kulturarbeit nach § 96 BVFG lobte Fabritius deren partizipativen Ansatz und warb dafür, die Organisationen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler

noch intensiver einzubinden, um zum einen die Kulturarbeit vor Ort und zum anderen deren wissenschaftliche Aufarbeitung zu stärken. Gleichzeitig bat er um Unterstützung der Heimatvertriebenen in Wahrnehmung der Brückenfunktion zu ihren

Bundeskanzlerin Merkel berichtete von ihren Gesprächen mit den deutschen Minderheiten, insbesondere in Polen, und betonte die identitätsstiftende Wirkung des muttersprachlichen Spracherwerbs und dessen Förderung.

Herkunftsgebieten sowie der Anliegen der Heimatvertriebenen.

Am Ende des in positiver Atmosphäre geführten Gespräches stand der beiderseitige Wunsch, den Dialog auch zukünftig fortzuführen.



Foto: Bundesregierung, Sandra Steins

v.l.: Maria Werthan, Stephan Grigat, Siegbert Ortmann, Christian Knauer, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Albrecht Schläger, Bernd Fabritius, Klaus Schuck, Stephan Rauhut, Reinfried Vogler, Waldemar Eisenbraun, Milan Horáček, Raimund Haser

Identität für Deutsche aus Russland bewahren

Empfang der Deutschen aus Russland bei der Bundeskanzlerin am 17. Mai 2017



Foto: Bundesregierung / Sandra Steins

v.l.n.r. 1. Reihe Walter Gauks, Irene Neh, Eleonora Heinze, Waldemar Eisenbraun, Heinrich Zertik, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Olesja Rudi, Albina Nazarenus-Vetter, Heinrich Derksen, Hartmut Koschyk, Helene Friesen
v.l.n.r. 2. Reihe Jakob Petker, Adolf Braun, Arthur Steinhauer, Paul Derabin, Alexandra Dornhof, Luise Rempel

deskanzlerin Dr. Angela Merkel ihre Gäste am 17. Mai 2017 im Bundeskanzleramt. Der Einladung folgten rund fünfzehn ausgewählte Personen, die der Volksgruppe der Deutschen aus Russland angehören.

Im Rahmen des Empfangs bedankte sich der Bundestagsabgeordnete russlanddeutscher

Herkunft Heinrich Zertik für die Wertschätzung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Leistungen,

die die Bundeskanzlerin der Volksgruppe entgegenbringe. „Von besonderer Bedeutung ist das stark ausgeprägte facettenreiche Engagement der Deutschen aus Russland, die starke Verankerung in den christlichen Kirchen, in den zahlreichen Vereinen sowie mittelständischen Unternehmen“, unterstrich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk.

Schwerpunkte des Gesprächs waren unter anderem die politischen Maßnahmen im Bereich sozialer Sicherung im Alter, die nachhaltige politische Bildung, die Bedeutung des christlichen Glaubens, die Förderung des Unternehmertums sowie die Bewahrung der Identität für Deutsche aus Russland.

„Mir liegen die Bedürfnisse und Interessen der Deutschen aus Russland sehr am Herzen“, begrüßte die Bun-

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Begrüßung durch Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern

Foto: BMI / Henning Schacht



Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière, bei seiner Ansprache

Sehr geehrter Herr Staatspräsident Johannes, sehr geehrte Frau Johannes, sehr geehrte Frau Bundesrats-Präsidentin, liebe Frau Dreyer, sehr geehrter Herr Erzbischof Brauer, sehr geehrter Herr Taher Agha, Exzellenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und den Landtagen, sehr geehrter Herr Präsident der Vertriebenenverbände,

ich freue mich, dass viele Vertreter der deutschen Minderheiten aus Europa und den GUS-Staaten heute hier sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich beginne heute mit einem Gedicht. Mancher kennt es aus der Schule, mancher hat es vielleicht auswendig gelernt.

"Es war, als hätt der Himmel
Die Erde still geküßt,
Daß sie im Blütenschimmer
Von ihm nun träumen müßt.

Die Luft ging durch die Felder,
Die Ähren wogten sacht,
Es rauschten leis die Wälder,
So sternklar war die Nacht.

Und meine Seele spannte
Weit ihre Flügel aus,
Flog durch die stillen Lande,
Als flöge sie nach Haus."

Dieses Gedicht stammt von Joseph von Eichendorff.

Es ist die "Mondnacht" - eines der bekanntesten Gedichte der Romantik. Und großartig vertont von Robert Schumann und Johannes Brahms.

Eichendorff gilt als einer der größten deutschen Schriftsteller der Romantik. Sein Geburtsort

und seine heimatlichen Wurzeln liegen im heutigen Polen: im Schloss Lubowitz im damaligen Oberschlesien. Nun gehört Eichendorff - 1788 geboren - nicht zu den Vertriebenen, denen wir heute gedenken.

Wohl aber gehört er zu ihrem Kulturgut. Als Eichendorff die "Mondnacht" schrieb, hatte er die Wiesen und Wälder Oberschlesiens vor Augen. Wenn wir uns heute fragen, was unser Land und seine Menschen prägt, dann reicht nicht der Blick auf das "Hier und Jetzt".

Sondern es braucht auch einen Blick zurück in die Geschichte. Eine Geschichte, die geprägt ist

durch Kulturräume,
durch Landschaften,
durch Traditionen und
durch religiöse Mentalitäten.

Eichendorffs "Mondnacht" ist in der spezifischen Kulturlandschaft Oberschlesiens, seiner Naturverbundenheit und seiner Religiosität erwachsen.

Es gehört zu unserem identitätsstiftenden Kulturerbe, zu unserer gemeinsamen Litera-

turgeschichte ebenso wie die Dramen von Gerhart Hauptmann aus Schlesien, die Schriften von Immanuel Kant aus Königsberg oder die Werke von Johann Gottfried Herder aus Ostpreußen.

Heute Vormittag habe ich mit Zeitzeugen und Schülern aus dem brandenburgischen Erkner und dem deutsch-polnischen Haus in Gleiwitz gesprochen. Die jungen Menschen haben die Zeitzeugen befragt.

*Erinnerung an
Millionen Menschen,
die geflohen sind
oder vertrieben
wurden*

Für die allermeisten der heute Anwesenden gilt, dass ihre Kinder und Enkelkinder weder Krieg noch Vertreibung erlebt haben, weder unmittelbar noch als Nachkriegsgeneration - Gott sei Dank! Und vielleicht haben die Kinder auch nicht mehr das Gedicht von Eichendorff gelernt. Und gerade deswegen halte ich es für gleichermaßen wertvoll wie unentbehrlich, ein fortdauerndes und mahnendes Ge-



v.l.: Günter Krings, Malu Dreyer, Staatspräsident Klaus Johannes und Gattin, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Taher Ager

Foto: BMI / Henning Schacht

Foto: BMJ / Henning Schacht



Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit den Musikern des Projektes "Bridges" - einem Musikprojekt von und für geflüchtete Musiker

denken an Krieg und Vertreibung zu schaffen.

Dafür ist – davon konnte ich mich heute Vormittag erneut überzeugen – der persönliche und lebendige Austausch junger Menschen mit noch lebenden Zeitzeugen der beste Weg. Wir hatten eine wunderbare Stunde zusammen.

An unserem Gedenktag erinnern wir an Millionen Menschen, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges aus den ehemals deutschen Gebieten in Mittel- und Südosteuropa geflohen sind oder vertrieben wurden. Millionen Menschen, die aus der eigenen, häufig zerstörten Heimat in ein ebenfalls oft verwüstetes Land flohen, das zwar auch ihr eigenes war, aber dessen Bewohner sie oft als Fremde behandelten.

In leider vielen Fällen fand eine Solidarisierung der Deutschen unter dem

auch Mentalitäten, landsmannschaftliche Eigenheiten und christliche Konfessionsunterschiede. Und dennoch haben Sie, die überlebenden Flüchtlinge und Vertriebene, das Nachkriegs-Deutschland tatkräftig mit aufgebaut und auf diese Weise eine neue Heimat gefunden.

Heute - fast 70 Jahre später - erleben wir in der Welt wieder und immer noch Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung.

Die Erfahrung verlorener Heimat, der Trauer über getötete Angehörige und der schmerzlichen Ungewissheit vor der Zukunft teilen auch die, die aus Kriegsgebieten schutzsuchend zu uns kommen. Davon werden Sie, Herr Taher Agha, uns persönlich berichten.

Auch diese Flüchtlinge erfahren nicht alle nur Hilfe und Unterstützung von Initiativen, Vereinen, Gruppen und

Dach der gemeinsamen Nationalität zu nächst ebenso wenig statt wie eine Solidarisierung ob des geteilten kollektiven Schicksals.

Zu groß waren Not, Angst und Sorge. Zu unterschiedlich waren oft

einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, sondern erfahren – das gehört zur Wahrheit dazu – in Teilen der aufnehmenden Bevölkerung Ablehnung ob ihres Fremdseins, ihrer Lebensformen und ihrer Religion. Eine solche Ablehnung trifft auch diejenigen, die wirklich schutzbedürftig sind.

Frieden zu leben und zu erhalten, das ist die Lehre aus der Geschichte, die die Alten den Jungen weiterzugeben haben. Dazu dient dieser Gedenktag! Und er dient dazu, sich aus einer richtig verstandenen Erinnerung an das eigene kulturelle Erbe immer wieder aufs Neue gegen Krieg, Flucht und Vertreibung einzusetzen – an unserem Gedenktag, der zugleich der Weltflüchtlingstag ist.

Lehren aus der Geschichte ziehen und weitergeben

In diesem Sinne seien Sie alle herzlich willkommen!

Es ist uns eine besonders große Freude und Ehre, dass Sie, Herr Präsident Johannis, zu uns gekommen sind: als rumänischer Präsident zu einer deutschen Gedenkveranstaltung.

Was für eine schöne Geste.

Vielen Dank.

Grußwort von Dietrich Brauer, Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland

Foto: Marc-P. Halasch/BdV



S.E. Bischof Dietrich Brauer spricht beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

Liebe Schwestern und Brüder,

ich grüße Sie im Namen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Russlands. Seit zwei Jahren leite ich diese Kirche als Erzbischof, die ein schweres Schicksal zu erleiden hatte. So feiern wir in diesem Jahr nicht nur 500 Jahre Reformation, sondern gedenken ebenfalls dem 100. Jahrestag der blutigen Oktoberrevolution. 70 Jahre lang lebten Lutheraner in Russland unter Verboten und Todesangst. Ende der 1930er Jahren wurden die letzten Pastoren und Gemeinderäte erschossen und die Kirchen geschlossen. 1941 wurden die Russlanddeutschen vertrieben und interniert. Und trotz des totalen Genozides lebt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland weiter und dient allen Menschen.

*1941 wurden die
Russlanddeutschen
vertrieben und
interniert*

Meinen pastoralen Dienst habe ich in Gumbinnen, im ehemaligen Nordostpreußen begonnen. In das heutige Kaliningrader Gebiet sind nach der Wende viele Russlanddeutsche gezogen. In erster Linie diejenigen, die auf der einen Seite in Russland bleiben, und auf der anderen Seite näher an ihrer historischen Heimat und ihren Verwandten in Deutschland leben

wollten. Zumal die Evangelisch-Lutherische Kirche im Kaliningrader Gebiet aktiv und relativ stark ist.

Die schöne kleine evangelisch-lutherische Kirche in Gumbinnen, dem heutigen Gussew, heißt „Salzburger Kirche“. Sie wurde von den Glaubensflüchtlings aus dem „Salzburger Land“ im Jahre 1732 gegründet. Nach dem Augsburger Religionsfrieden mussten die evangelischen Gläubigen ihre Heimat verlassen und sich in einem neuen fernen Land ansiedeln. So ist die „Salzburger Kirche“ zum Wahrzeichen von Flucht und Zuflucht in Ostpreußen geworden.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges lag diese Kirche, wie auch viele anderen Kirchen in der Sowjetunion, in Trümmern. In den 1990er Jahren, als neue Migranten, diesmal aus den Deportationsgebieten in Mittelasien, Sibirien und im Norden Russlands, kamen, wurde auch die Gemeinde in Gumbinnen wiederbegründet. 1995 wurde die „Salzburger Kirche“ mit Hilfe aus Deutschland vollständig wiederaufgebaut und feierlich eingeweiht.

Jeden Sonntag stand ich mit der Gemeinde vor dem schönen „Salzburger Altar“. Auf dem Altarbild sind die Flüchtlinge von damals dargestellt. Man sieht die Exulanten, die Ihre schöne Heimat verlassen und in eine ungewisse Zukunft gehen mussten, ähnlich wie das biblische Gottesvolk. Vor ihnen geht ihr Pastor mit dem Stab und dem Wort Gottes. Unter dem Bild sind Worte des Luther-Hymnus zu sehen: „Eine feste Burg ist unser Gott.“

*Eine feste Burg ist
unser Gott*

Dieses Bild bleibt mir bis heute in Erinnerung. Denn die Geschichte wiederholte sich genau 200 Jahre nach den Salzburger. Menschen wurden wieder wegen ihres Glaubens verfolgt und vertrieben. Und wieder war Gott ihre einzige Hoffnung und ihre feste Burg, in der man Zuflucht finden konnte. Die Zukunft der Russlanddeutschen in den 1930er/40er Jahren war ungewiss und düster. Aber der Stab und die Stimme ihres Hirten hat sie ermuntert. Und nach der Zeit des Leidens und Herrschaft des Todes ist wieder neues Leben entstanden.

So schaue ich auch heute auf das Altarbild der „Salzburger Kirche“ und bin dankbar. Ich danke Gott für seinen Sieg über die Mächte des Bösen. Ich danke ihm für den Anfang eines neuen Lebens in seinem Namen. Und ich bete, dass er uns aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehen lässt.

Festansprache von Staatspräsident Klaus Johannis von Rumänien

Foto: Marc-P. Halatsch/BNV



Staatspräsident von Rumänien, S. E. Klaus Johannis, hielt die Festrede des diesjährigen Gedenktags

Frau Bundesratspräsidentin Dreyer, Herr Bundesminister de Maiziere, Herr Präsident des Bundes der Vertriebenen Fabritius, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

wir befinden uns im historischen Hof des ehemaligen Waffenlagers des preußischen Kaiserhofes, benannt nach dem berühmten Barockbildhauer Andreas Schlüter, einem Pionier der modernen Architektur Berlins. Wo einst Kanonen aufbewahrt wurden, bleibt heute nur die Erinnerung an die Waffen.

Heute ist der Hof des ehemaligen Waffenlagers zur Plattform des Gedenkens im Deutschen Historischen Museum geworden. Die Stimme der Erinnerung gehört den Museen. Doch diese Stimme bringt die Waffen, in unserer Welt, nicht immer zum Schweigen.

Noch hört man sie an unseren europäischen Grenzen und sie sind heute noch, in diesem Augenblick, weltweit Ursache von Flucht, Vertreibung und Leid.

Es ist das dritte Jahr seit der Einführung des Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Deutschland.

Um so größer ist für mich die Ehre, der erste ausländische Würdenträger zu sein, der eingeladen wird, den Hauptvortrag zu diesem Anlass zu halten.

Dieser Tag ermahnt uns dazu, in die Vergangenheit zu schauen und uns an die grausamen Folgen des Zweiten Weltkrieges zu erinnern, in dem 60 Millionen Menschen ums Leben gekommen sind, 40 Millionen davon Zivilisten.

Zur Tragödie des Krieges gehören jedoch auch die 30 Millionen Menschen, die deportiert und ver-

trieben wurden, oder ihre Heimat verloren haben. In diesem düsteren Bild waren Mitglieder deutscher Minderheiten Teil der größten Vertreibung der Geschichte.

Im bekanntesten Roman über die Deportation der Angehörigen der deutschen Minderheit aus Rumänien, Atemschaukel, Autorin die Nobelpreisträgerin Herta Müller, in Rumänien geboren, wird die Frage aufgeworfen: Wie läuft man auf der Welt herum, wenn man nichts mehr über sich zu sagen weiß, als dass man Hunger hat?"

Diese Zeilen fassen die Tragödie der Millionen von Angehörigen der deutschen Minderheit zusammen, die Opfer der Flucht und Vertreibung wurden, oder die die Erfahrung der Lager gemacht haben.

Mehr noch, diejenigen, die nach Hause zurückkehrten, wurden nicht nur enteignet; sie wurden zu Fremden in Ländern, in denen totalitäre Regime die Macht ergriffen hatten. Sie blieben ebenfalls Gefangene der eigenen Erinnerung: die Erinnerung der Lager oder der Verbannung und Entwurzelung. Es ist deswegen unsere Pflicht Derer zu gedenken, die gezwungen wurden, ins Ungewisse zu ziehen.

In Rumänien haben die jüngsten Forschungen die Tragödie jener Menschen in den Vordergrund gestellt, die ihre Häuser verlassen mussten, das

Leid derjenigen, die ein neues Leben anfangen mussten.

70.000 Angehörige der deutschen Minderheit wurden aus Rumänien in die Sowjetunion deportiert, 10.000 von ihnen kamen dort ums Leben.

In einer späteren Phase der Geschichte der Diktatur, in den 1970er und 1980er Jahren, wurden 200.000 Menschen, ebenfalls Angehörige der deutschen Minderheit aus Rumänien, Gegenstand einer finanziellen Vereinbarung zwischen dem rumänischen kommunistischen Regime und der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Ereignisse gehören zu unserer Geschichte und können nicht ausgelöscht werden. Uns damit auseinanderzusetzen, wird dazu beitragen, eine bessere Wahrnehmung zu entwickeln, über wer wir sind und was wir in Zukunft zu tun haben.

Wunsch, dass sich Geschichte nicht wiederholt

Nach der Wende von 1989 hat Rumänien eine Politik der Offenheit gegenüber allen Minderheiten umgesetzt, da sich das Land dessen bewusst war, dass diese Politik für die Sicherung des Friedens und der Stabilität in der Region entscheidend ist.

Heute ist Rumänien im Bereich Minderheitenpolitik ein Vorbild und wird auf europäischer Ebene als Modell anerkannt.

Deutsche haben auf dem Staatsgebiet Rumäniens eine über acht Jahrhunderte alte Geschichte.

Rumänien ermutigt die Vertreter der deutschen Minderheit, wie übrigens alle anderen nationalen Minderheiten auch, ihre Identität zu bewahren

und zu pflegen und eine aktive Rolle in der rumänischen Gesellschaft zu spielen.

Erinnerung an Lager und Entwurzelung

Zu diesem friedlichen Zusammenleben hat auch die Freundschaft zwischen Rumänien und Deutschland wesentlich beigetragen.

Dieses Jahr feiern wir 50 Jahre seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und 25 Jahre seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa.

Wir haben vor Kurzem die Durchführung der 20. Sitzung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission für Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Rumänien begrüßt.

Diese Kommission ist ein wichtiges Ergebnis des Abkommens, und hat sich im Laufe der Jahre als sehr nützlich erwiesen.

Das Modell des rumänisch-deutschen Zusammenlebens ist heute ein Beispiel für die Art und Weise in der wesentliche Aspekte des Schutzes der Angehörigen der nationalen Minderheiten verwirklicht werden können.

Rumänien hat in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls wichtige Maßnahmen zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus getroffen, einschließlich der zehntausenden Vertreter der deutschen Minderheit.

Mehr noch: Der rumänische Staat hat den Opfern des kommunistischen Regimes, jenen die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben oder verfolgt wurden, Entschädigungen ausbezahlt, eine Maßnahme die in der EU einzigartig ist.

Rumänien ist gleichzeitig einer der wenigen Staaten, die eine breit angelegte Restitution der durch das kommunistische Regime verstaatlichten Besitztümer führt.

Obwohl dieser Prozess noch nicht endgültig gelöst werden konnte, werden wir diesen Weg weiter gehen. All diese Beispiele zeigen, dass Rumänien seine Vergangenheit aufarbeitet und mit den Millionen von Opfern der Flucht und Vertreibung solidarisch ist.

Seit meinem Amtsantritt habe ich die Gründung eines Nationalen Museums der Opfer des Kommunismus befürwortet.

Rumänien braucht eine solche Einrichtung, die ein außerordentlicher



Foto: Marc-P. Halatsch/BoV
Staatspräsident Klaus Johannis im Gespräch mit Teilnehmern des Gedenktags

Kathalysator für breit angelegte Erziehungsprojekte wäre, mit der Aufgabe den jungen Generationen die Werte der Toleranz und der gesellschaftlichen Verantwortung zu vermitteln.

Ich bin überzeugt, dass die Geschichte der Deportation der Vertreter der deutschen Minderheit ihren Platz in einem solchen Projekt finden würde.

Meine Damen und Herren,
Wir wünschen dass sich die Geschichte nicht wiederholt, wir sehen jedoch, leider, dass die Realität eine ganz andere ist. Wir leben in Zeiten in denen die Migration die internationale Gemeinschaft vor große Herausforderungen stellt.

Wir werden diese Herausforderungen nur meistern, wenn wir zeigen, dass wir aus der Geschichte gelernt haben. Heute müssen die Europäer beweisen, dass sie aus der Erfahrung, die sie selbst vor 70 Jahren durchlebt haben, gelernt haben.

Der 20. Juni, der von der Vereinten Nationen zum Weltflüchtlingstag erklärt wurde, muss Anlass zur verbesserten Wahrnehmung der dramatischen Lage sein, in der sich Millionen Flüchtlinge weltweit befinden.

Die internationale Gemeinschaft ist mit der schwersten Flüchtlingskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert, während der Syrienkonflikt bereits seit sieben Jahren wütet, im Irak und in anderen Ländern weiterer Gewalttaten an der Tagesordnung sind, und über 20 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind, im Jemen, in Somalia, im Süd-Sudan und im Nord-Osten Nigerias.

Dieser Tag ist auch eine Gelegenheit an die Risiken zu denken, die Flüchtlinge auf der Suche nach Sicherheit und einem menschenwürdigen Leben auf sich nehmen, sowie an die Herausforderungen, denen sich die humanitären Organisationen stellen müssen, um nachhaltige Lösungen für die Probleme der Flüchtlinge zu finden.

Im September letztes Jahres haben die 193 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen anhand der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten die Grundsätze des Flüchtlingsschutzes erneut betont, und sich verpflichtet, neue Wege zu finden, um die Aufteilung der Verantwortung für die Lösung der Flüchtlingskrise zu finden.

*Rumänische Minderheitenpolitik
vorbildlich für
Europa*

Foto: Marc P. Halatsch/BDV



Teilnehmer an der Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2017

In den multilateralen Gremien, deren Mitglied wir sind, hat Rumänien für eine umfassende Herangehensweise angesichts der Krise plädiert.

Dies bedeutet ein entschlossenes und abgestimmtes Handeln der Regierungen, der internationalen Organisationen, der internationalen Finanzinstitutionen und der Unternehmen, der humanitären Organisationen und der Akteure aus dem Bereich der Entwicklungshilfe, sowie der Zivilgesellschaft.

Die meisten Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten, sehen Europa als einen Ort der Sicherheit an. Wir haben alle die rührenden Bilder von Flüchtlingen gesehen, die den europäischen Kontinent erreicht haben.

In Kürze werden wir das Zeugnis von Ghifar Taher Agha hören, einer von fünf Millionen Syrern, die Zuflucht gefunden haben. Immer mehr Männer, Frauen und Kinder die geflüchtet sind, wurden mit Ausbeutung konfrontiert oder sind zu Opfern von Menschenhändlern geworden.

Die Wahrheit ist, dass kein Flüchtling sein Leben oder das Leben seiner Familie durch eine so gefährliche Reise aufs Spiel setzen würde, hätte er die Möglichkeit, in seinem eigenen Land in Sicherheit zu leben. Aus diesem Grund sieht Rumänien die Bewältigung der Ursachen die zur Krise geführt haben, als Priorität.

Die Stabilisierung der Konfliktgebiete kann dieses Phänomen stoppen und die Bedingungen dazu schaffen, dass die Flüchtlinge in Sicherheit in ihre Heimatländer zurückkehren.

Rumänien hat als EU-Mitgliedstaat, aber auch durch seine Nachbarschaft zum Westbalkan, wo sich dieses Phänomen besonders akut of-

fenbarte, die Anstrengungen zur Lösung der Krise durch Solidarität unterstützt.

Rumänien trägt zu den Bemühungen der Umverteilung der Migranten bei, und hat ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der operativen Kapazitäten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen geleistet.

Wir haben in Timișoara ein Nothilfe-Transitzentrum – das weltweit erste dieser Art, gegründet. Dieses bietet Menschen, die dringenden Schutz benötigen, für einen begrenzten Zeitraum Unterbringung, bis zur Beendigung der Verfahren hinsichtlich der Umsiedlung in ein Land in dem diesen dauerhaften Aufenthalt genehmigt wird.

Es ist dies ein Modell von guten Praktiken, welches das Engagement Rumäniens in diesem Bereich beweist.

Leider fühlen sich viele Menschen in Europa nicht mehr sicher. Die Konflikte aus unserer Nachbarschaft und der Mangel an Lösungen zu deren Beendigung, sowie die Angst vor dem Terror, fördern dieses Unbehagen.

Wir sind Zeugen des wachsenden Nationalismus sowie des Wiederaufkommens von Politik, die Angst und Hass gegenüber den Anderen schürt.

Es ist bedauernswert, dass Flüchtlinge und Migranten oft im Mittelpunkt von politischen Diskursen stehen, die zu Diskriminierung und Intoleranz anstiften.

Als Europäer ist es jedoch unsere Aufgabe die Werte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Diese stellen die Quintessenz der europäischen Werte dar.

Als Europäer dürfen wir nicht vergessen, dass das, was uns in Europa zusammengebracht hat, gerade jene Werte sind, die heute von Einigen in Frage gestellt werden; die kulturelle Vielfalt, Toleranz, inklusive Gesellschaften, Werte die Menschen unterschiedlicher Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit und Religion zusammenbringen.

Lob für humanitäres Engagement Deutschlands

In den letzten zwei Jahren haben Sie, in Deutschland, zwei Millionen Flüchtlingen Zuflucht geboten. An dieser Stelle möchte ich diese außerordentliche humanitäre Leistung der deutschen Behörden und Bürger in der Flüchtlingskrise würdigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wir haben zusammen den ersten Akt der Oper „Die tote Stadt“ gehört. Ich meine, dass die letzten Zeilen, „Musst du einmal von mir gehen, / glaub, es gibt ein Auferstehen“ universelle Geltung haben, und vielen Opfern von Flucht und Vertreibung Hoffnung auf einen Neuanfang geben.

Dass wir heute hier sind, um der Opfer zu gedenken, zeigt, dass die Welt aus den Fehlern der Vergangenheit doch lernt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Grußwort des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius

Foto: Marc-P. Halatsch/BDV



Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, bei seinem Grußwort im "Schlüterhof" des Berliner Zeughauses

Sehr geehrter Herr Präsident Johannes, sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. de Maizière, sehr geehrter Erzbischof Brauer, Exzellenzen, liebe Landsleute, meine Damen und Herren,

der Erfahrungsbericht von Herrn Taher Agha hat uns betroffen, sprachlos, entsetzt zurückgelassen. Wie einfach wäre es, nahtlos anknüpfen und Geschehen schematisch in weiß oder schwarz, gut oder böse, unschuldig oder schuldig einteilen zu können: Derartige Begriffspaare sind aber ungeeignet für die Komplexität unserer heutigen Welt. Ethnische Säuberungen, Flucht und Vertreibungen von heute lassen sich mit jenen der Nachkriegszeit im Unrechtsgehalt und auf der Ebene des persönlichen Trauma-Empfindens der Opfer vergleichen.

Jeder Mensch, der vertrieben und gezwungen wird, seine Heimat zu verlassen, ist ein Opfer und erlebt einen dramatischen Bruch in der eigenen Biografie. Das war 1945 so und es gilt in Gegenwart und Zukunft! Weitergehende Vergleiche offenbaren jedoch die oft wesentlichen Unterschiede zwischen damals und heute.

Vor 70 Jahren wurden Millionen unserer eigenen Landsleute vertrieben und verjagt. Sie verloren Haus und Hof, ihr Lebensumfeld, den Zugang zum letzten Ruheort der Ahnen, sie verloren alles was „Heimat“ ausmacht – über 2 Millionen fanden dabei den Tod! Und doch: Von den Überlebenden erklärten damals, noch 10 Jahre

nach Flucht und Vertreibung, über drei Viertel ihre unbedingte Bereitschaft zur Rückkehr in die Heimat als vordringliches Ziel.

Welchen Stellenwert hat Heimat – und das Recht darauf – heute?

Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg entfacht und mit den begangenen Verbrechen

das ganze 20. Jahrhundert mit einem tiefen, weitreichenden Schatten verdunkelt. Daraus resultiert eine immerwährende Verantwortung. Auch die Vertreibungen unserer Landsleute nach dem Krieg, durch die Siegermächte und die Staaten, in denen die Heimatgebiete heute liegen, waren menschenrechtswidrige Verbrechen. Der Teufelskreis aus Rache und Vergeltung konnte erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg gestoppt werden – auch durch die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und die darin enthaltenen, zukunftsorientierten Bekenntnisse.

Der Bund der Vertriebenen weiß wie kein anderer Verband um die Verbrechen, denen Deutsche nach dem Krieg ausgesetzt waren. Wir sind Experten geworden, die aus eigener Erfahrung heraus einer zunehmend wieder interessierten deutschen und europäischen Zivilgesellschaft heute darüber berichten können, dass Kriege und Vertreibungen nie Mittel der Politik sein dürfen. Wir haben auch gezeigt, wie man trotz dramatischer Erfahrung dennoch immer wieder Wege zur Verständigung findet.

Ich erinnere in stillem Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung aus Ost- und Westpreußen, aus Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Danzig und dem Baltikum, aus dem Sudetenland, dem Karpaten- und dem Donauraum sowie aus den deutsch

besiedelten Gebieten Russlands und der Ukraine.

Wir wissen, dass es unselige Zeiten waren, damals, in den letzten Kriegsjahren und auch noch in den Jahren danach. Wir wissen auch, dass Barbarei und Unmenschlichkeit die Herzen und den Verstand vieler Menschen verroht hatten – aber wir weichen kein bisschen zurück in der Bewertung, dass Vertreibungen immer und zu jeder Zeit ein gravierendes Unrecht darstellen.

Es gehört eben nicht zu den durch Kriegs- oder Völkerrecht gedeckten Privilegien siegreicher Mächte, das im Krieg besiegte Volk aus seiner jahrhundertalten Heimat zu vertreiben.

Ebenso wenig gehören die Bombardierung von Flüchtlingsstracks zu Wasser und zu Land, die massenhafte Vergewaltigung von Frauen oder die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Zuweisung einer Kollektivschuld dazu.

Vertreibungen stellen gravierendes Unrecht dar

Wir erinnern deswegen am heutigen Gedenktag auch daran, dass es immer und überall, im und nach dem Krieg, auch gute Menschen gegeben hat, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um den Bedrängten zu helfen. Diesen Menschen haben wir für ihre Menschlichkeit zu danken!

Wir wollen niemals vergessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung, gleichgültig wo, wann und warum - immer Verbrechen sind; Wir fordern alle Menschen auf, sich gegen derartiges Unrecht zu wenden, zu jeder Zeit und überall!

Ich danke Ihnen.

Bernd Fabritius erhält Ehrendoktorwürde der West-Universität Temeswar

Klaus Brähmig gratuliert Stellvertretendem Gruppenvorsitzenden

Die West Universität im rumänischen Temeswar hat Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen und Verbandspräsident des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Der Titel „Doctor honoris causa beneficiorum publicorum“ wurde dem CSU-Bundestagsabgeordneten für seine besonderen Verdienste um die deutsch-rumänischen Beziehungen am 23. Juni 2017 in festlichem Rahmen in Temeswar verliehen.

In ihrer Begründung unterstreicht die Universität die große Bedeutung für Rumänien, einen relevanten und ständigen Anwalt der rumänischen Interessen in den höchsten Kreisen der deutschen Politik zu haben. In seiner Eigenschaft als Präsident des Bundes der Vertriebenen sowie als Präsident des Verbands der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und als Vorsitzender der Föderation der Siebenbürger Sachsen in aller Welt, habe Bernd Fabritius für ein besseres Verständnis, für Zusammenarbeit und Nähe geworben.

In seiner Dankesrede sagte Fabritius, dass er diese Würdigung seines Einsatzes für die bilateralen Beziehungen und für eine europäische Völkerverständigung „stellvertretend für die ganze Gemeinschaft der Deutschen aus Rumänien“ annehme, „denn nicht mir als Person, sondern der ganzen Gemeinschaft, der ich angehöre, gebührt dieses Verdienst“.

Bernd Fabritius bekräftigte in seiner Rede, dass er sich als gebürtiger Siebenbürger Sachse, als Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des Unterausschusses „Auswärtige Kultur und Bildungspolitik“, als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe so-

mit einer vormaligen zahlreichen deutschen Minderheit“ habe immer schon als „Ort des Brückenbaus und der interkulturellen und interethnischen Kompetenz“ gegolten.

Fabritius' Auszeichnung mit dem Ehrendokortitel hatte der Senat der Universität auf Anregung der Fakultät für

Politikwissenschaften, Philosophie und Kommunikationswissenschaften beschlossen. Der Umstand, dass neben der Nobelpreisträgerin Herta Müller auch Nicolaus Berwanger, Ernest Wichner, Hans Weresch oder der Intendant des Staatstheaters Temeswar, Lucian Varsandan, „Kinder dieser Universität“ seien, „macht mich demütig, von gerade dieser ehrwürdigen Universität geehrt zu werden“, betonte Bernd Fabritius.



Foto: Siebenbürger Zeitung

Dr. Bernd Fabritius (Vierter von links) nimmt bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch Rektor, Dekan und Präsident des Hochschulsenats der West-Universität Temeswar die Urkunde entgegen.

wie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wie auch als Vizepräsident des Rechtsausschusses dieser Versammlung stets bemühe, „zwischen Ländern und zwischen Kulturen zu vermitteln und einen fruchtbaren interkulturellen Dialog zu verwirklichen“. Damit setze er nur fort, „was meine Landsleute seit dem 12. Jahrhundert in Rumänien schon immer getan haben“. Die Prinzipien der Toleranz, des Multikulturalismus und des Multikonfessionalismus hätten in Siebenbürgen und im Banat und gerade auch in Temeswar immer eine besondere Rolle gespielt. Die ganze Region „mit ihrem unverwechselbaren, multiethnischen Charakter,

Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag schließt sich Klaus Brähmig den Glückwünschen für Bernd Fabritius an. Er betont die großen Verdienste seines Kollegen, der als Erster Stellvertretender Vorsitzender der Gruppe maßgeblichen Anteil an den Erfolgen im Bereich der Politik für die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deutschen Minderheiten habe.

Deutscher Schwerpunkt in Dauerausstellung gilt Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung informiert

Zu einem ersten offiziellen Gedankenaustausch nach ihrer Berufung zur Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung traf Gundula Bavendamm mit Mitgliedern der Gruppe zusammen. Dabei versicherte man sich gegenseitig der Unterstützung, die geplante Dauerausstellung gemäß der heute gültigen Konzeption umzusetzen. Nach dieser sollen Flucht

und Vertreibung der Deutschen den Schwerpunkt der öffentlichen Darstellung im Berliner "Deutschlandhaus" bilden.

Derzeit arbeite die Stiftung mit Hochdruck an der Erstellung eines Ausstellungskonzepts für rund 1.600 Quad-



v.l.: Bettina Kudla, Bernd Fabritius, Silke Launert, Klaus Brähmig, Gundula Bavendamm, Iris Ripsam, Helmut Nowak

Foto: Steven Rösler

bundenen Familiengeschichten würden das Schicksal von Flucht und Vertreibung exemplarisch darstellen und die verschiedenen Vertreibungsgebiete mit umfassen.

Fest vorgesehen sei auch, die mit dem Untergang des Schiffes "Wilhelm

ratmeter Nutzfläche, das nach der Bestätigung durch den Stiftungsrat in Kooperation mit dem Ausstellungsgestalter umgesetzt werde. Dabei komme insbesondere Originalobjekten eine Schlüsselrolle zu, die immer auch im Kontext ihrer Herkunft gezeigt werden sollten. Die damit ver-

Gustloff" verbundenen Schicksale durch die Ausstellung eines Originalobjekts zu würdigen. Im Rahmen eines eigenen Zeitzeugen-Programms erstelle die Stiftung weiterhin lebensgeschichtliche Interviews, die später in Dauerausstellung und Dokumentationszentrum zu sehen seien.

Gedenken an die Kriegstoten bleibt wichtige Aufgabe Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zukunftsicher aufstellen

In seiner Funktion als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beraterkreises des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge stand der Potsdamer Militärgeschichtler Sönke Neitzel Mitgliedern der Gruppe für einen Gedankenaustausch zur Verfügung.

Der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten ist es ein besonderes Anliegen, die finanzielle Sicherung der Arbeit des Volksbunds dauerhaft tragfähig zu lösen. Heute wird vom Etat des Volksbunds in Höhe von 43 Millionen Euro ein Betrag von 13 Millionen Euro von staatlicher Seite erbracht. Derzeit machen Spenden und aus Erbschaften stammende Mittel den größten finanziellen Anteil aus. Da mit dem Rückgang der Kriegsgene-



v.l.: Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Sönke Neitzel, Helmut Nowak, Manfred Behrens

Foto: Steven Rösler

des Zweiten Weltkriegs, so auch Flüchtlinge aus Gebieten des historischen deutschen Ostens.

Dass die Arbeit des Volksbunds kein Thema für die Geschichtsbücher ist, wird aktuell im Jahre 2017 in Polen deutlich: Dort findet in Thorn durch den Volksbund eine Um-

bettung von 1.800 verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen statt. Für die Gebeine der Thorner Kriegstoten ist bereits eine würdige Ruhestätte gefunden worden: Nach Abschluss der Arbeiten werden sie auf der vom Volksbund betreuten deutschen Kriegsgräberstätte im ostpreussischen Bartoszen westlich von Lyck beigesetzt.

ration mittelfristig finanzieller Handlungsbedarf besteht, bestand Einigkeit, sich in der kommenden Wahlperiode des Deutschen Bundestag diesem wichtigen Thema verstärkt zu widmen.

Neben den Toten des Ersten und Zweiten Weltkrieges umfasst die Arbeit des Volksbunds auch zivile Tote

Zukunft der Vertriebenenkulturarbeit gestalten

Gruppe berät mit wichtigen Institutionen des Kulturbereichs

Mit der Weiterentwicklung der Konzeption zur Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz im Jahre 2016 hat die Bundesregierung unter Führung von CDU und CSU eine wichtige Wegmarke gesetzt und die ungenügende Formulierung des Themas durch die rot-grüne Bundesregierung ab dem Jahre 2000 grundlegend überarbeitet.



v. l.: Iris Ripsam, Eckhard Pols, Ernst Gierlich, Klaus Weigelt, Klaus Brähmig, Reinfried Vogler, Hartmut Koschyk

Foto: Steven Rösler

Um die künftige Aufstellung dieser beiden Einrichtungen zu diskutieren, traf sich die Gruppe mit den Vorsitzenden Reinfried Vogler (Kulturstiftung der deutschen Ver-

Für die Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen und die Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa sind dabei die Kul-

turstiftung der deutschen Vertriebenen und die Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa - OKR auch künftig wichtige Institutionen.

triebenen) und Klaus Weigelt (Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa - OKR).

"Petersburger Dialog" setzt auf Immanuel Kant

300. Geburtstag des Philosophen für deutsch-russischen Dialog nutzen

Seit vielen Jahren ist der "Petersburger Dialog" eine wichtige Institution für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Russischen Föderation.

Um auf die besondere Bedeutung des nördlichen Ostpreußens, der heutigen Oblast Kaliningrad hinzuweisen, führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit dem Koordinator der Arbeitsgruppe "Bildung und Wissenschaft", Wilfried Bergmann. Dabei ging es insbesondere um die Nutzung des im Jahre 2024 bevorstehenden 300. Geburtstags des Philosophen Immanuel Kant für die deutsch-russischen Beziehungen. Der Gruppe der Vertriebenen ist es ein besonderes



v.l.: Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Wilfried Bergmann, Silke Launert, Helmut Nowak, Helmut Sauer

Foto: Steven Rösler

chen Ostpreußen widmen, insbesondere in Kants Geburtsstadt und Hauptwirkungsstätte Königsberg, war dabei das Ziel.

Es ist als erfreulich zu betrachten, dass der "Petersburger Di-

Anliegen, sich dabei nicht nur auf die Gestaltung des Jubiläumsjahres zu beschränken, sondern bereits in der Zeit bis dahin Initiativen zu entwickeln. Die Vernetzung mit Institutionen und Persönlichkeiten, die sich der Pflege des deutschen Kulturerbes im nördli-

alog" sich interessiert an einer Zusammenarbeit mit denjenigen Institutionen zeigt, die sich bereits verdienstvoll seit Jahren um die Pflege dieses wichtigen Teils unserer Geschichte bemühen.

Hartmut Koschyk hat bleibende Verdienste erworben

Dialog mit dem scheidenden Aussiedlerbeauftragten

Durch seine Ankündigung, dem 19. Deutschen Bundestag nicht mehr als Abgeordneter anzugehören, endet die Amtszeit von Hartmut Koschyk als Beauftragtem der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten mit dem Ablauf der aktuellen Wahlperiode. Durch seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Interessen der deutschen Heimat-

vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, nicht zuletzt als Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und langjähriger Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hinterlässt Koschyk mit seinem Ausscheiden aus dem Parlament eine große Lücke. Die Gruppe dankte ihm daher ausdrücklich für



v.l.: Hartmut Koschyk, Isabel Süß, Heinrich Zertik, Alexander Vollmert, Stephan Krüger

sein langjähriges politisches Engagement. Im Gespräch ging es um die Erfolge dieser Wahlperiode und die Skizzierung künftiger Herausforderungen.

Neben der erfolgreichen Implementierung der 10. Novelle des Bundesvertriebenengesetzes und der weiter bestehenden Möglichkeit der vertrie-

Bundesverwaltungsamt mache deutlich, wie angemessen diese symbolische Geste gewesen sei. Mit Blick auf die deutschen Minderheiten sei es wichtig, gemeinsam mit dem Parlament dafür Sorge zu tragen, die finanzielle Sicherung der Arbeit der Selbstorganisationsstrukturen dauerhaft zu gewährleisten, so Bundesbeauftragter Koschyk.

Foto: Steven Rösler

benenrechtlichen Übersiedlung nach Deutschland als Spätaussiedler, ist die noch laufende Umsetzung der Richtlinie für die Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter ein politischer Meilenstein der zurückliegenden vier Jahre. Das Antragsaufkommen beim

Geschichte des historischen deutschen Ostens zeigen

Gespräch mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin

Zur Bedeutung der Präsentation von Kultur und Geschichte des historischen deutschen Ostens in der Arbeit des Deutschen Historischen Museums in Berlin (DHM) diskutierte die Gruppe mit dem Direktor der Abteilung Sammlungen, Marc Fehlmann. Dieser unterstrich die zentrale Bedeutung dieser Kulturlandschaften für die deutsche Geschichte. Gerade durch den mit Flucht und Vertreibung verbundenen Verlust dieser Gebiete sei die Erinnerung daran für Deutschland besonders wichtig.

Als großer Unterstützer des von der Gruppe befürworteten Ankaufs einer Sammlung historischer Silberkunstschmiedearbeiten für die Sammlung des DHM unterstrich Sammlungsdi-



v.l.: Alexander Vollmert, Marc Fehlmann, Klaus Brähmig

rektor Fehlmann die Aussagekraft der aus Bremen stammenden Sammlung. Anhand ihrer Objekte könnte ein ganzer geografischer Raum anhand von Ortsnamen und Produktionsstätten dargestellt werden. Nur Objekte seien geeignet, Emotionen zu transportieren und Geschichte anschaulich zu erzählen. Vor dem Hintergrund der

besonderen Geschichte des historischen deutschen Ostens sei mit den Objekten der Sammlung auch politische Geschichte erzählbar. Ohne entsprechende Objekte könne in der Dauerausstellung des DHM ein ganzer geografischer Raum nicht adäquat dargestellt und erklärt werden. Dieses

habe das aktive Vergessen dieser einstmaligen deutschen Gebiete zur Folge. Es sei der Auftrag des DHM gemäß Satzung, die Geschichte der Deutschen in Europa darzustellen. Ohne die zentrale Darstellung des historischen deutschen Ostens sei dieses nicht vollumfänglich möglich.

Foto: Steven Rösler

Präsident des Bundes der Vertriebenen berichtet Bernd Fabritius informiert über die Lage des Verbandes

Als Präsident des Bundes der Vertriebenen berichtete Bernd Fabritius der Gruppe über aktuelle und künftige Themen des Verbandes. Dabei betonte er die große Bedeutung der deutschen Heimatvertriebenen und der in den Heimatregionen verbliebenen Mitglieder der deutschen Minderheit als Brückenbauer in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Er würdigte ausdrücklich die große Präsenz von Vertretern der deutschen Minderheiten bei Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen in Deutschland. Im politischen Bereich seien in dieser Wahlperiode wichtige Forderungen des Bundes der Vertriebenen umgesetzt worden, wie beispielsweise der



v.l.: Klaus Brähmig, Bernd Fabritius, Elisabeth Motschmann, Helmut Nowak, Heinrich Zertik, Stephan Mayer

bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Es sei ein besonderes Ereignis, dass im Jahre 2017 mit Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis erstmals das Staatsoberhaupt eines Vertreiberstaates die Festansprache anlässlich des Gedenktages am 20. Juni halte. Auch durch

die bisherigen Gedenktage sei deutlich geworden, dass das Gedenken an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung nicht im allgemeinen Gedenken des "Weltflüchtlingstages" untergehe. Auch die Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter sei ein wichtiger Erfolg. Mit bereits 23.000 Anträgen werde deutlich, dass die Politik unter Führung der Unionsparteien dieses wichtige Thema richtigerweise aufgegriffen und gelöst habe.

Foto: Steven Rösler

Ortstermin auf der Baustelle im "Deutschlandhaus" Gruppe besucht Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Um den weiteren Baufortschritt beim Umbau und der Erweiterung des Berliner "Deutschlandhauses" zum künftigen Sitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Augenschein zu nehmen, besuchten Mitglieder der Gruppe Ende Mai 2017 erneut die Baustelle an der Berliner Stresemannstrasse. Der dritte Vorort-Termin in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages unterstrich die Bedeutung, die die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion einer zügigen Fertigstellung des Dokumentationszentrums beimisst. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird die Gruppe den weiteren Baufortschritt wie auch die wei-



v.l.: Sven Oole, Stephan Mayer, Bernd Fabritius, Iris Ripsam, Gundula Bavendamm, Klaus Brähmig, Eckhard Pols

tere Entwicklung der Stiftungsarbeit eng begleiten.

Die am Tage zuvor im Rahmen einer Stiftungsratssitzung beschlossenen Leitlinien für die geplante Dauerausstellung stellen die Flucht und Ver-

treibung der Deutschen in den Mittelpunkt. Genau dieses war in der Stiftungskonzeption auch vorgesehen. So soll künftig das gesamte zweite Obergeschoss des Dokumentationszentrums mit einer Fläche von rund 700 Quadratmetern dem deutschen Schwerpunkt gewidmet

sein. Die Übergabe des "Deutschlandhauses", in den 1920er Jahren im Stil der "Neuen Sachlichkeit" errichtet und nach Schäden im Zweiten Weltkrieg in den 1950er Jahren wiederhergestellt, ist nun für das Jahr 2018 vorgesehen.

Foto: privat

Bundesweiter Gedenktag an Flucht und Vertreibung

Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis gedenkt der Opfer

Der diesjährige Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2017 kann mit Fug und Recht als historisches Ereignis bezeichnet werden. Mit dem Staatspräsident der Republik Rumänien, Klaus Johannis, sprach zum ersten Mal das Staatsoberhaupt eines Vertreiberstaates bei der offiziellen Gedenkstunde in Berlin.



Foto: privat

v. l. Rumäniens Staatspräsident Klaus Johannis und Klaus Brähmig

In seiner Rede ging Staatspräsident Johannis, der der deutschen Minderheit in Rumänien entstammt und zuvor landesweit als erfolgreicher Bürgermeister von Hermannstadt/Sibiu große Bekanntheit erlangte, in besonderer Weise auf das Schicksal der deutschen Vertriebenen, auf Deportation und

Zwangsarbeit ein und betonte den Stellenwert, den der rumänische Staat heute seinen Minderheiten, darunter der Deutschen, einräume.

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, Dietrich

Brauer, erinnerte an seine Zeit als Pastor der "Salzburger Kirche" im ostpreussischen Gumbinnen, der heute russischen Stadt Gussew. Über die Geschichte der "Salzburger Exulanten", den protestantischen Glaubensflüchtlingen, die 1731 ihre Heimat verlassen mussten und durch den preussischen König Friedrich Wilhelm I. zur Ansiedlung in Ostpreußen eingeladen wurden, spannte Bischof Brauer den Bogen in die heutige Zeit und zum bundesweiten Gedenktag.

Umsetzung zahlreicher Projekte gelungen

Gruppe zieht Bilanz dieser Legislaturperiode

In der letzten Sitzung der Gruppe in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zog der Vorsitzende Klaus Brähmig Bilanz. Neben der Einführung des bundesweiten Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung und der Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter seien für die Kulturpflege des historischen deutschen Ostens zahlreiche Projekte verwirklicht worden.



Foto: Steven Rösler

v.l.: Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Eckhard Pols, Iris Ripsam, Heinrich Zertik, Helmut Sauer

So würde es ohne das politische Engagement der Gruppe die Einrichtung neuer Kulturreferentenstellen für die Oberschlesier, Russlanddeutschen und Siebenbürger Sachsen nicht geben. Auch der Einsatz der Gruppe für einen zusammenhängenden Erhalt der Bestände des Museums Stadt Kö-

nigsberg und für die Bereitstellung der Bundesmittel für einen Erweiterungsbau des Ostpreussischen Landesmuseums in Lüneburg sei erfolgreich gewesen. Hier gelte der Dank insbesondere den Haushaltspolitikern der Union.

Mitglieder der deutschen Minderheiten. Die Unterstützung der Kooperation zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen gelte es, auch künftig voranzutreiben.

Von Narwa bis Nidden

Fraktionsdelegation besucht deutsche Minderheit im Baltikum



Foto: privat

Gespräch im Generalkonsulat in Sankt Petersburg.
v.l.: Eckhard Pols, Iris Ripsam, Klaus Brähmig, General-
konsulin Eltje Aderhold, Gerd Fennefohn

In der Fortsetzung ihres Einsatzes für die Interessen der deutschen Minderheiten besuchte eine Delegation der Fraktion mit den Abgeordneten Klaus Brähmig, Eckhard Pols und Iris Ripsam im März 2017 die Baltischen Staaten sowie Sankt Petersburg. In

leben ca. 5.500 Mitglieder der deutschen Minderheit, die ursprünglich aus der Wolgaregion stammen. Sankt Petersburg, einst eine Hochburg des Deutschtums in Russland, wird bei jüngeren Mitgliedern der deutschen Minderheit häufig als Studienort gewählt, und das Interesse an den deutschen Wurzeln ist sehr groß. Dies gilt ebenso für die Pflege enger Beziehungen zu Deutschland.

Die "Evangelisch-Lutherische Deutsche Erlösergemeinde" in Tallinn verfügt in ganz Estland heute über 120 Gemeindeglieder, was laut Pastor

Matthias Burghardt gegenüber dem Tiefststand im Jahre 2006 mit nur noch 16 Mitgliedern als ein erfreulicher Aufwuchs gewertet wird. Die Gläubigen setzen sich aus Deutschen, Esten mit deutschen Wurzeln, aber auch Russen, die sich für diese Form des Glaubens interessieren, zusammen. Auch mittels Erwachsenentaufen wächst die Gemeinde, die im Rahmen der Ökumene auch katholischen Gläubigen offen

steht, da es in Tallinn keine deutschsprachige katholische Gemeinde gibt. Die Größe der deutschen Minderheit in Estland betrug bei der letzten Volkszählung 1.680 Deutschstämmige, von denen fast alle in gemischten deutsch-estnischen oder deutsch-russischen Familien leben. Daher hat eine starke Assimilierung stattgefunden. Bei der Volkszählung 1994 war die Gruppe der Deutschstämmigen noch 3.400 Personen stark. Die Geschichte der klassischen "Deutsch-Balten" ging bereits im Jahre 1939 zu Ende. Dieses geschichtliche Schicksal spiegelt



Foto: privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Tallinn-Pirita

sich auch in der Vita der heutigen Vorsitzenden der deutschen Minderheit, Erika Weber, wider, deren Familie in den "Warthegau" im heutigen Polen umgesiedelt wurde. Der Verband verfügt bei heute 680 Mitgliedern über fast keine jungen Vertreter mehr, da



Foto: privat

Gespräch mit der deutschen Minderheit in Tallinn unter Vorsitz von Erika Weber (vorne Mitte) und dem Pastor der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Gemeinde, Matthias Burghardt (2.v.l.)

Sankt Petersburg leben aktuell rund 2.000 Mitglieder der deutschen Minderheit, von denen rund 400 – hauptsächlich Senioren – im deutsch-russischen Begegnungszentrum aktiv sind. In der ebenfalls zum Amtsbezirk des Generalkonsulats Sankt Petersburg gehörenden Republik Komi

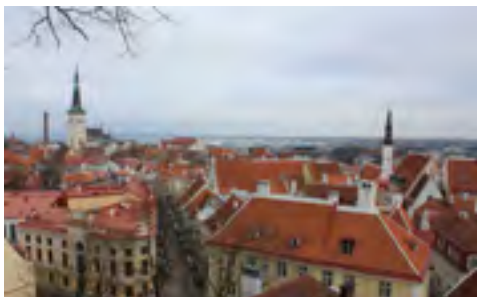


Foto: privat

Blick vom Domberg über die historische Altstadt von Tallinn



Foto: privat

Das "Domus Rigensis" in der lettischen Hauptstadt Riga ist der Präsentation des kulturellen Erbes der Deutsch-Balten gewidmet

diese sehr zahlreich in das europäische Ausland abgewandert sind. Dieses ist für die Heimatverbliebenen in Verband und Kirche sehr schmerzhaft. 99 Prozent der heutigen Deutsch-



Foto: privat

Treffen mit den Vertretern der deutschen Minderheit in Lettland im "Domus Rigensis" in Riga



Foto: privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Riga-Beberbiki

stämmigen in Estland sind Russland-deutsche.

Auch in Lettland besteht die deutsche Minderheit vor allem aus Russland-deutschen und einer nur verschwindend kleinen Anzahl an Nachfahren



Foto: privat

An der Ostseeküste unterhält im früheren Windau/Ventspils der "Deutsche Kulturverein Ventspils" eine Begegnungsstätte, die die deutsche Delegation im Rahmen ihrer Reise besuchte

von "Deutsch-Balten". Von den 13 deutschen Vereinen im Land sind zahlreiche Institutionen inaktiv. Der „Verband der Deutschen in Lettland“ mit ca. 450 Mitgliedern und die in Riga ansässige Vereinigung „Domus Rigensis“ sind zentrale Akteure. Das



Foto: privat

Auf dem Marktplatz von Memel erinnert der dem Dichter Simon Dach gewidmete Brunnen auch an sein bekanntestes Werk, das Ännchen von Tharau

Ziel ist die Erhaltung des gemeinsamen kulturellen Erbes, die sich durch Mitgliedsbeiträge sowie öffentliche Förderungen aus Deutschland und Lettland speist, wobei enge Beziehungen zu den deutsch-baltischen Institutionen in Deutschland bestehen. Auch das Bundesministerium des

Innern, das Institut für Auslandsbeziehungen und das Goethe-Institut sind aktive Förderer. Durch die bis weit in das 19. Jahrhundert bestehende Dominanz der deutschen Sprache befindet sich in den lettischen Archiven bis heute viel Potential, das in Zusammenarbeit mit Studenten aus Deutschland erforscht werden kann. Diese fragen gerade Riga als Studienort stark nach. Im Hinblick auf das 100. Jubiläum des lettischen Staates im Jahre 2018 kann diesbezüglich viel für die deutsch-lettischen Beziehungen geleistet werden.

Ebenso besuchte die Delegation das "Hermann-Sudermann-Gymnasium" in Memel/Klaipeda, die einzige Schule ihrer Art in Litauen. Nach Gründung einer Grundschule zu Beginn der 1990er Jahre konnte die Schule für die deutsche Minderheit bis heute zu einem Gymnasium mit 60 Lehrern und über 600 Schülern und angeschlossenem Internat ertüchtigt werden. Etwa 1/3 der Schüler sind deutschstämmig. Einer der Hauptbeweggründe für den Schulbesuch ist die Bedeutung, die dem Deutschen als Sprache und für die Traditionspflege beigemessen wird,



Foto: privat

Besuch des "Simon-Dach-Hauses" in Memel/Litauen, dem Sitz der deutschen Minderheit im früheren Memelland

selbst wenn in den Familien kein Deutsch gesprochen wird. Neben Deutsch als Muttersprache werden auch andere Fächer wie Biologie und Musik in deutscher Sprache unterrichtet. Im "Simon-Dach-Haus", dem Zentrum der deutschen Minderheit in



Foto: privat

Im "Hermann-Sudermann-Gymnasium" von Memel/Klaipeda findet der Schulunterricht für die Kinder aus der deutschen Minderheit im Westen Litauens statt

Memel, arbeitet man eng mit der Tourismusinformation zusammen und übernimmt die Betreuung der Gäste aus Deutschland. Die Aufarbeitung der deutschen Geschichte der Stadt Memel stößt ebenfalls auf steigendes Interesse. Man organisiert ein ganzjähriges Angebot an kulturellen Veranstaltungen.



Foto: privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Memel

Tilsit feiert 100. Jahre Dichter Johannes Bobrowski

Klaus Brähmig im nördlichen Ostpreußen und Memelland zu Gast

Auf Initiative der engagierten Leiterin des Museums für Stadtgeschichte Sovetsk, Angelika Spiljova, wurde Anfang April 2017 im früheren Tilsit dem 100. Geburtstag des aus der Stadt am Memelstrom stammenden Dichters

von dort stammenden Pfarrer seines sächsischen Heimatorts erinnerte, verlas er ein Grußwort des Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit, Hans Dzieran, der darum gebeten hatte, das Relief mit in das nördliche Ostpreußen zu nehmen.

Oblast Kaliningrad der Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes widmeten und wertvolle Arbeit leisten.

Auch im heute zu Litauen gehörenden Teil des Memellandes wird an die



Foto: privat

Die "Königin-Luise-Brücke" mit ihrem markanten Südportal verbindet als Wahrzeichen der Stadt Tilsit/Sovetsk heute die Russische Föderation mit dem EU-Mitglied Litauen

Die in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten alten Tilsiter zollen dem Dichter Bobrowski hohe Wertschätzung in enger Verbindung mit dem Museum für Stadtgeschichte Sovetsk. Seit mehr als zwanzig Jahren pflegt man eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die in einer Vereinbarung vertraglich festgeschrieben wurde. Auf diese Weise wird im gemeinsamen Miteinander das kulturhistorische Erbe von Tilsit, so-

wie das gegenseitige Geschichtsverständnis gepflegt und gefördert. Im Rahmen dieser Vereinbarung entstand auch der Gedanke, Johannes Bobrowski anlässlich seines 100. Geburtstages mit einer künstlerischen Darstellung seines Schaffens zu würdigen. Das Mitglied der Tilsiter Stadtvertretung, der Bildhauer Sebastian Holzner, fertigte dazu ein Bronzerelief, das im Rahmen der Gedenkfeier übergeben wurde.

Klaus Brähmig erinnerte an eine Veranstaltung im Jahre 2015 in Schloss Bellevue, dem Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten. Joachim Gauck habe damals eingeladen, um mit Lesern und Deutern, Freunden und Kollegen an den 50. Todestag von Johannes Bobrowski zu erinnern und auch Museumsdirektorin Spiljova dabei nicht vergessen. Zugleich verwies er auf die zahlreichen Initiativen, die sich auf dem Boden des früheren Ostpreußens in der heutigen



Foto: privat

Übergabe des Bronzereliefs der Stadtgemeinschaft Tilsit an Museumsdirektorin Angelika Spiljova durch Klaus Brähmig. Mit im Bild v. l. n. r. Generalkonsul Michael Banzhaf, Oleg Waschurin von der Stadt Sovetsk, Generalkonsul Olegas Skinderskis (Litauen), sowie Konsul Bronius Makauskas (Litauen)

ters Johannes Bobrowski (1917 - 1965) gedacht. An der Gedenkfeier im Stadtmuseum nahm auch der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen,



Foto: privat

Am Ort der "Poscheruner Mühle" erinnert südlich der litauischen Stadt Tauragė heute wieder ein Gedenkstein an die Unterzeichnung der "Konvention von Tauraggen" 1812

Aussiedler und deutschen Minderheiten, Klaus Brähmig, teil und überreichte dem Museum für Stadtgeschichte im Namen der Stadtgemeinschaft Tilsit ein eigens für das Jubiläum angefertigtes Bronzerelief, das eine Passage aus Bobrowskis Werk "Holunder" zitiert.

Neben seinen eigenen Grußworten, in denen Brähmig an seine persönliche Beziehung zum Memelland durch den

deutsche Geschichte erinnert. So zum Beispiel am Ort der früheren "Poscheruner Mühle", dem Ort der Unterzeichnung der "Konvention von Tauraggen" vom 30. Dezember 1812. Mittels eines Förderprojekts der Europäischen Union wurde dort an

historischer Stätte das Replikat des originalen Kubus aus dem Jahre 1912 errichtet, den man seinerzeit im Gedenken an die 100-Jahrfeier des Zusammentreffens zwischen Yorck und Diebitsch errichtete.



Foto: privat

In Judtschen, zwischen Insterburg und Gumbinnen gelegen, saniert die Russische Föderation das ehemalige Pfarrhaus, in dessen Vorgängerbau Immanuel Kant als Hauslehrer wirkte



Foto: privat

Die Ministerin der Agentur für internationale und interregionale Beziehungen der Oblast Kaliningrad, Alla Iwanowa, und Klaus Brähmig nach einem Gedankenaustausch zu Fragen von gegenseitigem Interesse

Gemeinsam mit dem Leiter des Kunsthistorischen Museums Kaliningrad, Sergeij Jakimow, besichtigte Klaus Brähmig ebenfalls die Baustelle des zwischen Gumbinnen und Insterburg gelegenen "Kant-Hauses" in Judtschen, einer früheren Wirkungsstätte des Königsberger Philosophen in seiner Zeit als Hauslehrer. Mit Mitteln der Russischen Föderation wird das Haus derzeit kernsaniert und soll im

Oktober 2017 für eine Nutzung als Museum fertiggestellt sein. Zum Zeitpunkt des Besuchs waren Bau fachleute gerade damit beschäftigt, die Backsteine der Westfassade abzutragen, die anschließend mit weitgehend originalem Baumaterial wiederhergestellt wird. Die finanziellen Mittel dazu stammen direkt von der Russischen Föderation.

In Königsberg führte Abgeordneter Brähmig ebenfalls einen Gedankenaustausch mit der Ministerin der Agentur für internationale und interregionale Beziehungen der Oblast Kaliningrad, Alla Iwanowa. Darin warb er darum, auf politischem Wege alles dafür zu unternehmen, gerade das Deutschland und Russland heute verbindende Element der gemeinsamen Geschichte im nördlichen Ostpreußen zu würdigen. So sollten die kommenden Jahre bis zum 2024 gemeinsam dafür genutzt werden, die Erin-

nerung an den Philosophen Immanuel Kant gerade auch in seiner Heimat wachzuhalten und für die deutsch-russische Zusammenarbeit zu nutzen. Eine Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge an der "Cranzer Allee" in Königsberg beendete den kurzen Besuch.



Foto: privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte "Cranzer Allee" in Königsberg, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegt wird, im Beisein der örtlichen Engagierten

Klaus Brähmig besucht Gedenkfeier in Tost (OS)

Würdigung der Opfer des früheren NKWD-Lagers in Oberschlesien



Foto: privat

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion legt Klaus Brähmig einen Kranz am Gedenkstein in Tost nieder.

Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten nahm Klaus Brähmig am 13. Mai 2017 in Tost/Oberschlesien an der diesjährigen Gedenkfeier für die Opfer des ehemaligen Speziallagers des NKWD teil. Bei der Ehrung der Toten legte er im Beisein zahlreicher Vertreter der polnischen Politik

und der deutschen Konsulin in Opateln, Sabine Haake, im Namen der Fraktion einen Kranz nieder.

Seit vielen Jahren engagiert sich die in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft organisierte "Initiativgruppe NKWD-Lager Tost" unter Leitung von Sybille Krägel für das Andenken an die Opfer. Im Jahre 1945 waren mehr als 4.600 Menschen aus Schlesien und Oberschlesien sowie über das Speziallager in Bautzen auch Bürger Sachsens, Brandenburgs und des Sudetenlands in Tost interniert. Über 3.000 Menschen starben damals an den Folgen von Internierung und Zwangsarbeit.

Der Gedenkstein in Tost erinnert an die Lage des Massengrabes und

wird von den Mitgliedern der deutschen Minderheit vor Ort gepflegt, die ebenfalls zahlreich an der Gedenkfeier teilnahmen. Vor dem Hintergrund der Herkunft der Opfer betonte Klaus Brähmig die Bedeutung des Gedenkens vor Ort für die deutsch-polnischen zwischenstaatlichen Beziehungen.



Foto: privat

Zahlreiche Bürger hatten sich auf den Weg nach Oberschlesien gemacht, um der Opfer zu gedenken.

Brünn gedachte erneut der Opfer der Vertreibung 1945 Versöhnungsmarsch fand auch im Jahre 2017 statt



Foto: privat

v.l.: Am Ortsrand von Pohrlitz (Pohorelice) südlich von Brünn erinnert ein Kreuz mit Gedenktafeln an die Opfer der Brünner Todesmarsches

Am 20. Mai 2017 fand zum dritten Mal der "Versöhnungsmarsch" von Brünn statt, bei dem in diesem Jahr zirka 300 Teilnehmer aller Altersgruppen der Opfer des "Brünner Todesmarsches" von 1945 gedachten. Gemeinsam wurde die rund 30 Kilometer lange Strecke von der Grab-

und Gedenkstätte in Pohrlitz, auf der 890 Opfer des Todesmarsches begraben sind, zurück in die Innenstadt von Brünn zu Fuß zurückgelegt. Die im Jahre 2007 als "Gedenkmarsch" gegründete Initiative wurde im Jahre 2015 anlässlich des 70. Jahrestages und unter maßgeblichem Engagement des Brünner Oberbürgermeisters Petr Vokral in den "Versöhnungsmarsch" weiterentwickelt, der die Opfer symbolisch in die Stadt Brünn



Foto: privat

Bürgermeister Petr Vokral begrüßte die Teilnehmer des Versöhnungsmarsches 2017 im Park des Brünner Klosters



Foto: privat

v.l.: Die rund 300 Teilnehmer des Versöhnungsmarsches auf der 30 Kilometer langen Strecke von Pohrlitz zurück nach Brünn.

zurückführt. Neben Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Deutschen Botschaft aus Prag war auch der Oberbürgermeister der Brünner Patenstadt Schwäbisch Gmünd, Richard Arnold, anwesend. Die CDU/CSU-Fraktion wurde beim Versöhnungsmarsch durch den Referenten der Gruppe, Alexander Vollmert, vertreten.

Lastenausgleichsarchiv Bayreuth

Klaus Brähmig und Silke Launert informieren sich vor Ort



Foto: privat

v.l.: Klaus Brähmig, Edith Wagner, Silke Launert, Karsten Kühnel

Das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth ist für die Beschäftigung mit dem historischen deutschen Osten von größter Bedeutung. Seine Aufgabe ist es, den im Rahmen des Lastenausgleichs erfassten Gesamtschaden in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und in den ost- und südost-europäischen Siedlungsgebieten zu dokumentieren und ebenfalls das Vertreibungs- und Aussiedlerschick-

sal, die gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in den Jahrzehnten bis zum Beginn der Vertreibungsmaßnahmen und zwischen Kriegsende und Vertreibung zu dokumentieren. Außerdem betreut das Archiv heute die Bestände des Kirchlichen Suchdienstes. Es kann damit mit Fug und Recht als "Gedächtnis des historischen deutschen Ostens" bezeichnet werden und ist für die Wissenschaft wie auch für die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen eine zentrale Anlauf- und Auskunftsstelle.

Vor allem die im Bereich der so genannten "Ost-Dokumentation" überlieferten mehr als 10.000 Erlebnisberichte deutscher Vertriebenen und Flüchtlinge machen deren persönliche Sichtweisen auf Hunger, Tod und

Unrecht vor gut 70 Jahren deutlich. Im Gespräch mit dem kommissarischen Leiter des Archivs, Karsten Kühnel, informierten sich der Gruppenvorsitzende Klaus Brähmig und seine Stellvertreterin Silke Launert über die aktuellen Schwerpunkte der Archivarbeit und sicherten dem zum Bundesarchiv gehörenden Haus ihre weitere politische Unterstützung zu. Um die Geschichte des historischen deutschen Ostens auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, fand in Bayreuther Archiv im Mai 2017 die Präsentation der Ausstellung „Verschwunden. Orte, die es nicht mehr gibt“ statt, die durch das "Zentrum gegen Vertreibungen" erstellt wurde. In ihr wird dargestellt, wie nach 1945 zahlreiche deutsche Orte von der Landkarte Mitteleuropas verschwanden.

Experten diskutieren Zukunft von Schloss Steinort

Erhalt des ostdeutschen Kulturerbes von großer Bedeutung

Foto: Privat



Schloss Steinort in Ostpreußen, einstmals Sitz der Grafen Lehndorff, konnte in den vergangenen Jahren auch mit öffentlichen Geldern aus Deutschland notgesichert werden.

Das idyllisch im Gebiet der großen Masurischen Seen gelegene Schloss Steinort ist als ehemaliger Sitz der Grafen Lehndorff ein bedeutender Ort deutscher Geschichte und wichtige Stätte für eine Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. So sind in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen worden, das im Besitz der Polnisch-Deutschen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz befindliche Schloss baulich zu sichern. Auch aufgrund des großen Interesses der polnischen Wojewodschaft Ermland-Masuren, die Region wirtschaftlich weiter zu stärken, wird derzeit an einem touristischen Nutzungskonzept gearbeitet, auf dessen Grundlage Schloss Steinort und der gleichnamige Ort künftig entwickelt werden sollen.

Auf Initiative von Klaus Brähmig MdB und der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, fand Ende März 2017 eine Expertenrunde in Berlin statt, die die unterschiedlichsten an der Zukunft von Schloss Steinort beteiligten Akteure im Deutschen Bundestag zusammenführte. Dabei betonte Brähmig die geschichtliche und vor allem zeitgeschichtliche Einzigartigkeit von

Schloss Steinort sei von europäischem Rang und seine Bedeutung gehe weit über einen lokalen oder regionalen Bezugsrahmen hinaus. Zwar sei es immer schwierig, die touristische Nutzung eines Objekts mit Fragen der Kulturgeschichte zu verbinden, allerdings lege man von Seiten der Stadt Węgorzewo großen Wert darauf, im Schloss die Geschichte der Adelsfamilie Lehndorff zu zeigen und den Ort Steinort zugleich touristisch zu entwickeln. Als Autorin einer Biografie über das letzte Eigentümer Ehepaar, Heinrich und Gottliebe Lehndorff, erinnerte die frühere Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Antje Vollmer, daran, Heinrich Graf Lehndorff sei der Kurier zwischen von Claus von Stauffenberg und Henning von Tresckow gewesen, den wichtigsten Strategen des 20. Juli 1944. So habe Lehndorff persönlich die maßgebliche Botschaft von Stauffenberg an Tresckow übergeben: „Es muss gewagt werden!“ In Polen müsse man verstehen, wie wichtig es für Deutschland sei, einen eigenen Versuch zur Befreiung vom NS-Regime unternommen zu haben. Die entsprechende museale Nutzung von Schloss Steinort sei daher ein wichtiger Beitrag zum europäischen Verständnis- und Verständigungsprojekt.

Für die polnische Seite unterstrich der Bürgermeister der Stadt Angerburg/Węgorzewo, in deren Stadtgebiet sich das Schloss heute befindet, den Stolz der Bürger auf das kulturhistorische Erbe und das Interesse an Rekonstruktionsprojekten, die mit den Kulturgütern in der Region verbunden seien.

Schloss Steinort.

Diese beruhe auf der Tatsache, dass im Zweiten Weltkrieg Vertreter des NS-Regimes in Person des Reichsaußenministers von Ribbentrop und des Widerstands vom 20. Juli 1944 in Per-



Expertengespräch zur Zukunft von Schloss Steinort im Deutschen Bundestag

Foto: Privat

Minderheitenwallfahrt auf den Sankt Annaberg 2017

Abgeordnete Gisela Manderla für die Fraktion in Oberschlesien

Foto: Privat



Die Kölner Abgeordnete Gisela Manderla im Gespräch mit dem Bürgermeister von Brieg (Brzeg), Jerzy Wrebiak

schaften in Polen unter Vorsitz von Bernard Gaida und kirchlichen Würdenträgern.

Außerdem stattete die Abgeordnete Manderla der niederschlesischen Stadt Brieg (Brzeg) einen Besuch ab und traf im historischen Ratssaal des Rathauses mit Bür-

germeister Jerzy Wrebiak zusammen. Dieser hatte anlässlich des Festakts zum 25. Jubiläum der deutschen Minderheit in Polen im vergangenen Jahr ein bewegendes und in emotionalen Worten gefasstes Grußwort gehalten, in dem er die deutsch-polnischen Beziehungen würdigte und insbesondere den besonderen Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen und Mitglieder der deutschen Minderheit an diesem Versöhnungsprozess unterstrich. Aus diesem Grunde diente der Besuch in Brieg vor allem der Danksagung im Namen der CDU/CSU-Fraktion, dass sich Bürgermeister Wrebiak wie auch zahlreiche andere kommunale Würdenträger in Polen um die Pflege und Bewahrung des kulturellen Erbes der Deutschen und der Ausgestaltung der heutigen Beziehungen verdient machten.

Bürgermeister Wrebiak erinnerte mit dem jahrzehntelangen Kapellmeister des Leipziger Gewandhausorchesters Kurt Masur (1927 - 2015) an einen der berühmtesten Söhne der Stadt Brieg. Es sei sein Ziel, in naher Zukunft auch öffentlich in seiner Stadt an Kurt Masur zu erinnern. Der Besuch verdeutlichte eindrucksvoll, wie sehr in vielen Städten, Kommunen und auf der regionalen Ebe-



Zur Minderheitenwallfahrt auf den Sankt Annaberg hatten sich am Pfingstsonntag 2017 zahlreiche Gläubige auf den Weg nach Oberschlesien gemacht

ne die gemeinsame Geschichte dazu dient, die Gegenwart zu gestalten.

Einen besonderen Wert legt die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag auf die Kontaktpflege mit den deutschen Minderheiten in den Regionen. Daher wurde der Deutsche Freundschaftskreis (DFK) in Ringwitz (Rzymkowice) besucht. Bei der Zusammenkunft von mehr als 60 Mitgliedern der örtlichen deutschen Minderheit wurde als thematischer Schwerpunkt die Geschichte der Region behandelt und ein interessanter Vortrag über die Geschichte der Kapelle von Ringwitz gehalten. Hierbei wurde deutlich, wie bedeutsam das deutsche Engagement für den Fortbestand der Begegnungszentren der deutschen Minderheit in Polen ist, in deren Zukunft die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag auch weiterhin ein wichtiges politisches Anliegen sieht.

Foto: Privat



Besuch des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) in Ringwitz/Rzymkowice südwestlich von Oppeln



Teilnehmer der Wallfahrt mit dem Oppelner Bischof Andrzej Czaja

Delegationsreise nach Westpreußen und Pommern

Deutsche Minderheiten begrüßen Unionsdelegation vor Ort

Foto: Privat



Die Delegation der Abgeordneten zu Besuch bei der deutschen Minderheit in Marienwerder (Kwidzyn)

Nachdem die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im Verlauf dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages bereits Delegationsreisen nach Schlesien und Oberschlesien sowie in das nördliche und südliche Ostpreußen unternommen und dabei mit Mitgliedern der deutschen Minderheit zusammengetroffen war, war es

bisher nur auf Polnisch erschienene Doktorarbeit über die Situation der deutschen Minderheit in Westpreußen vor, verbunden mit dem Wunsch, sich für eine Übersetzung in die deutsche Sprache einzusetzen. Der polnische Bürgermeister der südlich von Marienwerder gelegenen Gemeinde Garnsee (Gardeja), Kazimierz Kwiatkowski, betonte die

enge Zusammenarbeit mit den Deutschen im Kreis Marienwerder, die er gemeinsam mit dem Vorsitzenden Manfred Ortmann vorantreibe.

Auch das prägende baukulturelle Erbe der Region, das sich besonders eindrucksvoll in den Ordensburgen von Marienwerder und Marienburg sowie der Ruine von Schloss Finckenstein manifestiert, wurde durch die deutsche Delegation besucht. War es in Finckenstein der stellvertretende Bürgermeister von Rosenberg (Susz), Zdzislaw Zdzichowski, der die Delegation um die Ruine der eindrucksvollen barocken Schlossruine führte, so fand in Marienburg (Malbork) ein

Wiedersehen mit Bürgermeister Marek Charzewski und seinem Stellvertreter statt, die bereits im vergangenen Jahr mit einer Delegation der Unionsfraktion zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen waren.

In Marienburg war es der deutschen Delegation ein besonderes Anliegen, gemeinsam mit Bürgermeister Charzewski einen Kranz für die Toten des "Massengrabs von Marienburg" niederzule-

gen. Bei Bauarbeiten waren im Jahre 2008 die sterblichen Überreste von insgesamt 2.116 toten Deutschen gefunden worden, die im Jahre 1945 in der Stadt umgekommen waren. Ihre Gebeine waren im Jahre 2009 auf die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreute Kriegsgräberstätte Neumark in der Nähe von Stettin umgebettet worden, wo durch die Delegation ebenfalls ein Kranz niedergelegt wurde. Ein Gedenkstein er-



Kranzniederlegung für die Opfer von Marienburg im Beisein von Bürgermeister Marek Charzewski an der Gedenktafel nahe der Ordensburg

Foto: Privat

innert dort heute an die Marienburger Toten. Die Arbeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der im Sinne einer "Versöhnung über den Gräbern" seit Jahrzehnten eine für unser Land sehr wertvolle Arbeit leistet, muss nach Ansicht des Gruppenvorsitzenden Klaus Brähmig unbedingt zukunftssicher aufgestellt werden.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Danzig, bei dem es zu einem Gedankenaustausch mit der deutschen Ge-



Besuch der Schlossruine Finckenstein zusammen mit dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Rosenberg (Susz), Zdzislaw Zdzichowski

ihrem Vorsitzenden Klaus Brähmig ein besonderes Anliegen, auch mit den deutschen Landsleuten in Westpreußen und Pommern zusammenzutreffen.

In einem Bogen, der sich vom Ufer der Weichsel in Marienwerder bis nach Stettin spannte, legte er gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Heinrich Zertik und der Abgeordnetenkollegin Iris Ripsam zahlreiche Stationen ein. Beim Besuch der deutschen Minderheit in Marienwerder (Kwidzyn) stellte die polnische Historikerin Magdalena Lemanczyk ihre



Am Ufer der Mottlau: Die Delegation trifft die Deutsche Generalkonsulin in Danzig, Cornelia Pieper (2.v.l.)

Foto: Privat

Foto: Privat



Gespräch mit Vertretern der deutschen Minderheit in Stolp (Slupsk)

neralkonsulin Cornelia Pieper kam, legten die Abgeordneten ebenfalls eine Station auf Schloss Krockow

Foto: Privat



Das Gut in Varzin in Hinterpommern erwarb Otto von Bismarck mit einer Dotation von 400.000 Talern, die er von Kaiser Wilhelm I. nach dem Krieg von 1866 erhielt

(Krokowa) in Westpreußen ein. Das dortige in Kooperation mit dem Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf betriebene Museum für Regionalgeschichte stellte unter Leitung von Frau Grazyna Patryn eine Ausstellung aus, die die frühere ostpreußische Provinzhauptstadt Königsberg zum Thema hatte und damit einen Blick in die östliche Nachbarschaft warf. Die Ausstellung basierte auf einer Sammlung von Originalobjekten, die der offizielle Vertreter Polens in Kaliningrad, Jerzy Bahr, in jahrelanger Arbeit zusammengetragen hatte. Auf Schloss Krockow kam es ebenfalls zu einem Zusammentreffen mit über 60 Vertretern der deutschen Minderheit aus der Region, die von Marienburg, Dirschau und Stuhm, über Thorn und Schneidemühl bis nach Danzig, Gdingen und Lauenburg einen breiten Kreis abdeckten.

Ebenfalls wurde beim "Stolper Bund der Bevölkerung Deutscher Abstammung" unter Leitung von Detlef Rach

Station eingelegt, der über das Projekt der Samstagsschulen berichtete, mit denen in Stolp (Slupsk) die Förderung der deutschen Sprache unterstützt wird.

Eine Reise durch Hinterpommern wäre unvollständig, ohne die Spuren zu berücksichtigen, die Fürst Otto von Bismarck (1815 - 1898) dort hinterlassen hat. Aus diesem Grunde besuchte die Delegation das einstige Schloss Bismarcks in Varzin (Warcino), in dem der polnische Staat seit dem Jahre 1946 eine technische Fachschule für Forstfachleute unterhält. Dort weiß man um die historische Bedeutung des Ortes für die Geschichte der

Familie von Bismarck und legt großen Wert auf die Erhaltung und Pflege des heute noch vorhandenen deutschen Kulturerbes.



Kranzniederlegung für die Opfer von Marienburg auf dem Grabfeld der deutschen Kriegsgräberstätte Neumark östlich von Stettin



Gespräch mit Vertretern der deutschen Minderheit aus Danzig, Westpreußen und Pommern auf Schloss Krockow

Der Besuch bei der deutschen Minderheit in Köslin (Kozalin) unter Vorsitz von Peter Jeske machte deutlich, dass



Die stellvertretende Direktorin des Forstwirtschaftlichen Technikums in Varzin (Warcino) begrüßte die deutsche Delegation im ehemaligen Schloss des Fürsten Otto von Bismarck

in zahlreichen Orten Hinterpommerns noch bis Ende der 1950er Jahre durch den polnischen Staat deutschsprachige Schulen unterhalten wurden. Ein zweisprachiges Schulzeugnis aus dieser Zeit, das als wichtiges zeit-historisches Dokument angesehen werden kann, verdeutlichte dies. Auch in Köslin, wie an zahlreichen anderen der besuchten Orte, wurde auf die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Vertretern der lokalen Stadt- oder Gemeindeverwaltungen in Polen hingewiesen. Die deutsche Delegation machte die Vertreter der deutschen Minderheit noch einmal auf die Möglichkeit aufmerksam, noch bis zum 31. Dezember 2017 beim Bundesverwaltungsamt in Köln einen Antrag auf Gewährung der Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter zu stellen. Wichtig sei es, dass mögliche Betroffene den wichtigen Stichtag nicht aufgrund von Unkenntnis versäumten.

Tenderboot der "Wilhelm Gustloff" existiert in Sachsen

Klaus Brähmig und Maria Michalk diskutieren über die Zukunft



Foto: privat

Das ehemalige Tenderboot Nummer 3 der "Wilhelm Gustloff" am Steg auf dem "Geierswalder See" in Sachsen

schichte. Aufgrund der originalen "Schlagnummer" 511/3 aus der Werft Blohm & Voss in Hamburg konnte das Schiff, auch unter damals noch möglicher Hinzuziehung des Gustloff-Experten Heinz Schön (1926 - 2013) als Tenderboot Nummer 3 identifiziert werden.



Foto: privat

Im früheren Braunkohle-Tagebauegebiet an der Grenze von Sachsen zu Brandenburg entwickelt sich der Fremdenverkehr auf den dort künstlich angelegten Seen

Gemeinsam mit seiner sächsischen Bundestagskollegin und gesundheitspolitischen Sprecherin der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Maria Michalk, besuchte Klaus Brähmig den an der Landesgrenze von

Es überdauerte das Kriegsende als motorbetriebenes Schiff zur Einnebelung des Hafens in Hela, bevor sich seine Besatzung Ende April 1945 von dort aus nach Dänemark absetzte.

Dort diente das Schiff nach ersten Umbauten als Fischkutter, bevor in den 1980er Jahren der Umbau zu einem hochseetauglichen Segelschiff erfolgte.

Klaus Brähmig betonte die große historische Bedeutung des Schiffes als Objekt deutscher Geschichte

und insbesondere für den Kreis der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Er regte an, Kontakte zur Berliner Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und zu maritimen Museen in Deutschland aufzunehmen, um die Existenz des Schiffes bekannter zu machen.

Auch ein Kontakt zum Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, dessen Ausstellung die Glocke der "Wilhelm Gustloff" zeigt, wurde angeregt. Schon heute begrüßt der Verein Gruppen des Bundes der Vertriebenen aus

Sachsen zu Rundfahrten auf dem See. Vor dem Hintergrund des Untergangs der "Wilhelm Gustloff" am 30. Januar 1945 als größter Schifffahrtskatastrophe der Menschheitsgeschichte hat das Gedenken an die Opfer einen gro-



Foto: privat

Klaus Brähmig und seine sächsische Kollegin Maria Michalk (3. v. r.) beim Vorort-Termin

Sachsen und Brandenburg gelegenen "Geierswalder See". Dort unterhält ein Verein seit dem Jahre 2012 das letzte noch existierende Tenderboot der "Wilhelm Gustloff" - ein einzigartiges Zeugnis der Zeit- und Technikge-



Foto: privat

v.l.n.r.: Maria Michalk, Bundestagskandidat Roland Ermer, Klaus Brähmig, Fördervereinsvorsitzender Dirk Rolka

ßen Stellenwert. Beide Unionsabgeordnete sagten zu, den Verein bei der weiteren Entwicklung in seinen Bemühungen zu unterstützen.



Foto: privat

Die nachträglichen Aufbauten erhielt das Schiff erst in den 1980er Jahren beim Umbau zu einem hochseetauglichen Segelschiff



Foto: privat

Der Schiffsdiesel von Daimler-Benz aus dem Jahre 1937 ist bis heute im Original erhalten und funktionstüchtig

Vertriebenenbeirat für vier Jahre neu konstituiert

Sozialministerin Müller: „Vertriebenenbeirat ist wichtiger Partner der Staatsregierung in allen Fragen der Vertriebenen und Spätaussiedler“



Foto: SIMAS

Sozialministerin Emilia Müller mit Vertretern des bayerischen Vertriebenenbeirats

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller hat am 21. Februar 2017 den für vier Jahre neu konstituierten bayerischen Vertriebenenbeirat im Sozialministerium empfangen. Müller betonte: „Der Vertriebenenbeirat ist für uns ein wichtiger Partner. Wir wollen wissen, was den deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern am Herzen liegt. Hier hat uns der Vertriebenenbeirat bisher stets hervorragend beraten.“ Die Ministerin dankte den Beiratsmitgliedern für ihre Bereitschaft mitzuwirken: „Dieses Gremium ermöglicht den direkten Dialog zwischen allen

Beteiligten. So sind und bleiben die Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler fest und dauerhaft im Blick.“

Müller betonte, dass Vertriebenenpolitik höchst aktuell und zukunftsweisend sei. Sie sei Kulturpolitik, Sozialpolitik und Integrationspolitik in einem. „Eine besondere Aufgabe und Herausforderung ist es, Kultur, Schicksal und Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler lebendig im Bewusstsein der Gesellschaft zu halten. Bayern stellt sich dieser Herausforderung.“

Die Ministerin verwies dabei auf das Haus des Deutschen Ostens, das für alle Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ein wichtiges Begegnungs-, Förder- und Kulturzentrum ist. Mit Blick auf die Schirmherrschaft Bayerns über seinen 4. Stamm, die Sudetendeutschen, nannte Müller auch die Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München als Leuchtturmprojekt der Bayerischen Kulturpolitik.

Dem Vorsitzenden des Beirates, Christian Knauer, dankte Müller für seine hervorragende Arbeit im Vertriebenenbeirat wie auch als Vorsitzender des Landesverbands Bayern des Bundes der Vertriebenen. „Die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler brauchen einen starken Dachverband, der diese Schicksalsgemeinschaft zusammenhält und zusammenführt“, so die Ministerin abschließend.

Der Beirat für Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen ist ein beratendes Gremium der Bayerischen Staatsregierung. Ihm gehören Vertreter der Landsmannschaften, der kommunalen Spitzenverbände, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Bayerischen Staatskanzlei und des Sozial- und des Innenministeriums an.

Sauer: Unionsparteien bleiben Partner der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Volksgruppen!

CDU/CSU stellt gemeinsames Regierungsprogramm vor



Foto: OMV

v.l.: Bernd Fabritius, Angela Merkel, Horst Seehofer, Helmut Sauer

Anlässlich der Vorstellung des CDU/CSU-Regierungsprogrammes für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU (OMV/UdV), Helmut Sauer (Salzgitter):

In das am 3. Juli 2017 in Berlin vorgestellte, gemeinsame Regierungsprogramm „Für ein Deutschland in dem wir gut und gerne leben.“ haben die Vorstände von CDU und CSU auch ein aktuelles Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler aufgenommen.

So wird in dem vorgelegten Regierungsprogramm unter dem Punkt „Sichere und stabile Renten“ verspro-

chen, Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben haben, zu beseitigen.

Ferner wird unter dem Punkt „Was unser Land zusammenhält“ der Beitrag der Vertriebenen und Spätaussiedler für die Gemeinschaft und den Zusammenhalt in Deutschland besonders gewürdigt.

So heißt es unter:

Was unser Land zusammenhält

Gemeinschaft und Zusammenhalt

„Millionen Deutsche haben aufgrund von Flucht und Vertreibung aus Ost- und Mitteldeutschland ihre Heimat

verloren. Viele kamen und kommen noch heute als Spätaussiedler aus Russland sowie aus Mittel-, Süd- und Osteuropa.“

Schon in ihren jeweiligen Grundsatzprogrammen von CDU und CSU sind klare Aussagen zu den Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler enthalten. So wird ein klares Bekenntnis zum Recht auf die Heimat, zum internationalen und europäischen Volksgruppen- und Minderheitenrecht abgegeben sowie auf die wichtige Brückenfunktion der Vertriebenen und deutschen Volksgruppen, ebenso wie auf die Bedeutung des Erhalts und der Weiterentwicklung des kulturellen Erbes hingewiesen.

Mit diesen Aussagen in Regierungs- und Grundsatzprogramm bekennen sich CDU und CSU klar zu den Heimatvertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und den in den Heimatgebieten verbliebenen Landsleuten, sowie zu deren berechtigten Anliegen. Sie sind damit auch in Zukunft deren entscheidende politische Partner.

Es ist bedauerlich, dass man zu diesen Fragen in den Wahlprogrammen der SPD solche Aussagen seit Jahrzehnten vergebens sucht.

Ein Pommer in Nürnberg

Bundvorsitzender der OMV, Helmut Sauer, zum Tode von Sieghard Rost

Am 25. April 2017, ist Dr. Sieghard Rost, unser treuer Freund und Ehrenmitglied des Bundesvorstandes der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV/UdV), im Alter von 95 Jahren in Nürnberg verstorben.

Sieghard Rost war ein Pommer, der durch den Zweiten Weltkrieg, durch Flucht und Vertreibung nach Franken gekommen war. Geboren wurde er am 7. November 1921 in Woldisch Tychow bei Köslin. Auf das Abitur am Kösliner Gymnasium folgte der Einzug zum Kriegsdienst. 1944, am Tage seiner Hochzeit, musste er die Heimat verlassen. Los ließ sie ihn nie.

Nach dem Krieg studierte Rost Geschichte und Germanistik in Erlangen, promovierte dort zum Dr. phil. und stieg als Philologe in Weißenburg und Nürnberg zum Oberstudiendirektor auf. Die Heimat seiner Frau wurde für ihn zur „zweiten Heimat“. Er war ein allseits geachteter Lehrer, der vielen namhaften bayerischen Politikern schon während der Schulzeit den Weg wies.

Politisch betätigte er sich für die CSU, ab 1966 als Stadtrat in Nürnberg und dann von 1970 bis 1990 als Mitglied des Bayerischen Landtages. Dort arbeitete er für die Region Mittelfranken, besonders in der Kultur- und Bildungspolitik, und trug maßgeblich zum Aufbau eines Regionalstudios des Bayerischen Rundfunks in Nürnberg bei.

Seiner pommerschen Herkunft und seines klaren Eintretens für die Einheit Deutschlands wegen wurde Sieghard Rost

hard Rost Fraktionssprecher für Vertriebene und Aussiedler und in der Nachfolge Willi Luckes 1977 Vorsitzender der Union der Vertriebenen der CSU (UdV). Seit 1977 war er Mitglied des OMV-Bundesvorstandes und seit 2001 dessen Ehrenmitglied.

Seine Erfahrungen im Schuldienst und in der Politik nutzte Rost früh als Fundament für den Brückenbau in die Heimat: Er initiierte Schulpartnerschaften und förderte den kulturellen Austausch. Von seinen ersten persönlichen Wiederbegegnungen mit Pommern kehrte er sehr ernüchtert zurück, insbesondere weil er deren deutsche Vergangenheit zu großen Teilen „ausgelöscht“ vorfand. Unverzagt aber knüpfte er jahrzehntelang Kontakte und weckte bei den Bewohnern Köslins/Koszalins und vieler Gemeinden des ehemaligen Kreises Belgard, aber auch in Franken und Bayern erfolgreich das Interesse für das gesamtdeutsche Kulturerbe und die gemeinsame Geschichte.

Seine Erinnerungen an die Heimat, an die politischen Umbrüche in seinem Leben sowie die Motive seines Engagements schrieb er in drei Büchern nieder und trat so auch als Autor in Erscheinung. Für seinen Einsatz wurde Rost vielfach ausgezeichnet, etwa mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, dem Bayerischen Verdienstorden, der Bayerischen Staatsmedaille für soziale Verdienste oder der Bürgermedaille der Stadt Nürnberg. Eine der größten Freuden

jedoch war für ihn, dass es ihm noch im letzten Jahr, zum 750. Jubiläum Köslins, gelang, ein gemeinsames Konzert der Nürnberger Symphoniker und der Philharmonie Köslin zu organisieren.

Mit Dr. Sieghard Rost hat mich eine jahrzehntelange Freundschaft verbunden. Seine aufrechte Haltung, seine nach innen unverblühte, manchmal schmerzhaft Kritik und seine trotzdem unverbrüchliche Loyalität werden mir fehlen. Zum 90. Geburtstag gratulierte ich ihm in Nürnberg persönlich mit einem Zitat aus dem 90. Psalm: „Unser Leben währet siebenzig Jahr, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahr.“ Unser Herrgott hat Sieghard Rost 95 erfüllte Jahre geschenkt.

Seiner Familie bleibe ich in stillem Gedenken verbunden.



Foto: OMV

Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer OMV-Bundesdelegiertentagung. Links Sieghard Rost, rechts Helmut Sauer.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducsubt